



IRS AKTUELL

Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

No 60 Oktober 2008

Politikberatung – Wissen für die Praxis

Kontexte forschungsbasierter Politikberatung – Ansprüche und Dilemmata

... **Europäisches Forschungsprogramm ESPON** – Wege des Wissenstransfers

... **Politikberatung vor der Haustür** – Regionalgespräche setzen auf Dialog ...

Stadtumbau statt Abbau – Für eine aus Erfahrungen lernende Neujustierung ...

Umsetzung des Leitbildes „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaft gestalten“ – Impulse für Bund, Länder und Regionen ...





Editorial

Die vorliegende Ausgabe von IRS AKTUELL ist im Schwerpunkt dem Thema „Politikberatung – Wissen für die Praxis“ gewidmet. Dafür haben wir Beispiele in großer Zahl aus allen Forschungsabteilungen des Instituts versammelt. Sie zeigen auf unterschiedliche Weise, wie sich erkenntnisbezogene Grundlagenforschung und eine anwendungsorientierte Ausrichtung der Forschungen gegenseitig durchdringen und sich neue Impulse verschaffen können. Nach unserer Überzeugung ist das kein Zufall: die gemeinsame Förderung der Leibniz-Einrichtungen durch Bund und Sitzland ist nicht bloß ein Finanzierungsmodell, sondern sie beinhaltet den Auftrag, den Mittelzufluss mit gesamtstaatlich interessierenden Forschungsergebnissen zu rechtfertigen.

Jenseits aller Inhalte der raumwissenschaftlichen Forschung sieht das Institut das Ziel seiner eigenverantwortlich betriebenen Politikberatung darin, in dialogischen Prozessen eine „Übersetzung“ zwischen unterschiedlichen Wissenstypen zu erreichen: zwischen dem wissenschaftlichen Wissen einerseits, das die politische und planend-gestalterische Praxis auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen zum Abgleich und zur Orientierung benötigt; und andererseits dem anwendungsbezogenen Wissen, das für die politische Steuerung und Legitimation raumwirksamer Entscheidungen erforderlich ist. Auf diese Weise versuchen wir, im Rahmen einer ergebnisorientierten Interaktion auf Zeit gemeinsam mit dem jeweils Beratenen Beiträge zu Problemlösungen zu erarbeiten, die die Rationalität von politisch-administrativen Entscheidungen erhöhen. Der praktische Erfolg dieser Beratungsform hängt letztlich davon ab, inwieweit es gelingt, diese „Übersetzung“ einschließlich der reflexiven Prozesse auf Seiten aller Beteiligten zu erreichen.

In dieser Ausgabe

Politikberatung, wissenschaftliche Dienstleistung und Wissenstransfer – Bandbreite und Spielarten im IRS	3
Ergebnistransfer im europäischen Raumforschungsprogramm ESPON	4
Integrierte Stadtentwicklungspolitik – ein Beitrag zur Umsetzung der „Leipzig Charta“	5
Politikberatung im Forschungsfeld Stadtumbau Ost	7
Förderung der Wissensgesellschaft – Eine MORO-Studie im Auftrag des BBR	9
ESYS – Entscheidungssystem für eine demographiefeste Infrastruktur	10
Politikberatung zur Umsetzung des dritten Leitbildes für die Raumentwicklung	12
Stadtumbau statt Abbau	13
Wissenschaftsbasierte Beratung in komplexen Politikfeldern – der Masterplan Stadtumbau des Landes Brandenburg	14
Politikberatung vor der eigenen Haustür: Die Brandenburger Regionalgespräche setzen auf Dialog und Kontinuität	16
IRS mit „Sitz und Stimme“ im Städtekränz Berlin-Brandenburg	17
Kontexte forschungsbasierter Politikberatung	18
Aus dem Institut	20
Kurz notiert	26

Politikberatung, wissenschaftliche Dienstleistung und Wissenstransfer – Bandbreite und Spielarten im IRS

Gregor Prinzensing

Überblick

Das Institut sieht in der Vermittlung der Ergebnisse seiner raumwissenschaftlichen Forschung an Akteure aus Politik und Planungspraxis eine konstitutive Aufgabe, die durch die Bund-Länder-Finanzierung mit gegeben ist. Sie beruht darauf, dass das IRS als Leibniz-Institut überregional bedeutsame Forschungen durchführt, die von gesamtstaatlichem Interesse sind.

Das Wissen, das im Rahmen der Grundlagenforschung vom Institut erzeugt wird, ist durch einen grundsätzlichen Transfer- und Beratungsbezug gekennzeichnet. Er konkretisiert sich in einer Problemsicht der Forschungen, die immer auch von der politischen Praxis mitbestimmt wird – nur so wird das IRS seinem Auftrag gerecht, Fragestellungen von gesellschaftlicher Relevanz zu bearbeiten. Der Beratungsbezug zeigt sich außerdem in einem ausdrücklichen Anspruch auf Transferierbarkeit der Forschungsergebnisse.

Es ist bezeichnend, dass die WGL bei der Evaluierung der Mitgliedseinrichtungen dem Thema Politikberatung inzwischen eine größere Relevanz zuweist. Neben den Forschungsleistungen werden nun ausdrücklich auch das Beratungskonzept sowie Leistungen des Wissenstransfers und der Beratung eigens gewürdigt. Im Rahmen der Begutachtungen will die Leibniz-Gemeinschaft so die Qualität von Forschungs-, Service- und Beratungsleistungen systematisch ermitteln und dauerhaft sichern. Die übergeordnete Bedeutung forschungsbasierter Politikberatung für die Leibniz-Gemeinschaft zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass sie erst vor wenigen Wochen einen sektionsübergreifenden Arbeitskreis Politikberatung gegründet hat, dem u.a. auch die Direktorin des IRS angehört.

Anwendungsorientierte Grundlagenforschung

Das Institut betreibt dem eigenen Anspruch nach eine anwendungsorientierte Grundlagenforschung. Im Unterschied zur anwendungsbezogenen Forschung stehen nicht bereits konkrete Problemlösungen für bekannte Probleme im Zentrum. Die Forschungen gehen vielmehr – darin der Grundlagenforschung ähnlich – prinzipiell auf Erkenntnisgewinnung und reflektieren dabei eine Vielheit möglicher Anwendungskontexte mit.

Aufschlussreich zur Beschreibung dieses Zusammenhangs ist die Formulierung aus der IRS-Satzung, wonach der Institutsauftrag „die Erarbeitung von Grundlagen für politisch-planerisches Handeln“ einschließt. Mit der Forschung im Hinblick auf gesellschaftlich relevante Problemstellungen geht demnach ein Wissenstransfer in die Praxis einher; dies kann auch durch die Bereitstellung von Orientierungswissen erfolgen. Das unterscheidet die Qualität unserer Dienst-

leistungen z.B. von der Arbeit eines Planungsbüros oder der Tätigkeit von Consultingagenturen und wirft Definitions- bzw. Abgrenzungsfragen auf: Was ist genau unter forschungsbasierter Politikberatung zu verstehen, was ist demgegenüber Wissenstransfer und was ist eine wissenschaftliche Dienstleistung?

Wissenschaftliche Dienstleistungen

Das Institut versteht wissenschaftliche Dienstleistungen als Aufgaben im organisatorisch-technischen Sinne, bei denen keine genuine Forschungs- oder Erkenntnisleistungen gefordert sind. Zu den Aufgaben, die als wissenschaftliche Dienstleistung gelten, gehören

- die Leistungen der Institutsbibliothek;
- in Bezug auf die wissenschaftlichen Sammlungen z.B. die Lizenzierung von Abbildungen für Publikationen oder die Ausstattung von Ausstellungen, aber auch die Ermittlung von technischen Detailinformationen aus Planunterlagen, die z.B. für den Rückbau von Plattenbauten benötigt werden;
- weiterhin natürlich die Betreuung der forschenden Nutzer in den Sammlungen;
- die Organisation von Tagungsveranstaltungen wie dem „Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz“.

Wissenstransfer

Wissenstransfer bedeutet eine Aufbereitung von Grundlagenwissen für unterschiedliche Kontexte. Die Adressaten sind die Träger und Akteure räumlicher Planung und Entwicklung auf allen politischen Ebenen (Generaldirektionen der EU sowie Ressorts von Bund und Ländern, Parlamentarier und Verwaltungen), weiterhin Regionen sowie zivilgesellschaftliche Akteurs- und überlokale Städtenetzwerke, soweit sie raumwirksame Zielsetzungen verfolgen.

Allgemein wird vom IRS Informationsvermittlung und Wissenstransfer geleistet durch die öffentlich zugänglichen Veranstaltungen des Instituts und seiner Forschungsabteilungen. Dazu gehören auch die diversen Publikationen von Institutsangehörigen sowie die Vortragstätigkeit und die Lehrveranstaltungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten.

Mit seinen beiden Veranstaltungsformaten, der Vortragsreihe „urbi et orbi“ und den „Brandenburger Regionalgesprächen“, hat das Institut weitere diskursive Formen des Wissenstransfers entwickelt. Ersteres ist als ein Forum zwischen Wissenschaft und Politik konzipiert und wendet sich an hochrangige Vertreter aus Politik, Planung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Es hat zum Ziel, durch den Vergleich mit Entwicklungen und Erfahrungen anderer Regionen die Lernherausforderungen für die Region Ber-

lin-Brandenburg zu konkretisieren. Einen informellen Ort für Diskussion und Erfahrungsaustausch bieten dagegen die „Brandenburger Regionalgespräche“. Im Dialog verschiedener Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur stehen hier ebenfalls regelmäßig Fragen der regionalen Entwicklung in der Hauptstadtregion im Mittelpunkt.

Forschungsbasierte Politikberatung

Forschungsaufgaben sind all jene Aufgaben, bei denen die Generierung neuen Wissens oder der Transfer von spezialisiertem Wissen in bestimmte Anwendungszusammenhänge im Vordergrund steht. Auch bei der Übernahme von Aufträgen der Ressortforschung (z.B. für das BMVBS oder Fachressorts der Länder) geht es in der Regel um solche Forschungsleistungen; sie sind zum Teil mit Politik beratenden Arbeitsschritten verbunden. Die Aufträge mögen produktorientiert sein, sie können ein Monitoring, eine begleitende Analyse oder eine Evaluierung beinhalten, oder sie zielen auf aktionsorientierte Begleitforschung. Gelegentlich erhält das Institut auch Aufträge für Materialsammlungen (u.a. zum „Aufbau Ost“) oder für thematische Gutachten (z.B. von der Enquete-Kommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen zu „Wissenskultur und Stadt“ oder von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen des Sächsischen Landtags zu „Stadtumbau, Stadtentwicklung und Entwicklungspotenziale(n) in Sachsen“). Hier wird regelmäßig Wissen aus der Grundlagenforschung genutzt und für spezifische Anwendungskontexte übersetzt.

Erkenntnisse aus der grundfinanzierten Forschung fließen naturgemäß auch in jede andere Expertise des IRS mit ein: wenn Anfragen aus dem politischen Raum beantwortet werden, wenn Institutsangehörige in Beiräten (z.B. dem Beirat für Raumordnung oder dem Beirat zur Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in Brandenburg) mitwirken

oder wenn sie Empfehlungen im Rahmen von parlamentarischen Anhörungen (im Landtag von Brandenburg oder im Abgeordnetenhaus Berlin) aussprechen.

Zusammenfassung

Forschungsbasierte Politikberatung ist wertneutral und lässt sich nur von den zugrunde liegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen leiten. Exzellente Forschung aber ist und bleibt die Grundlage für jede forschungsbasierte Politikberatung. Ergebnisse der raumwissenschaftlichen Forschung des IRS werden für konzeptionelle und umsetzungsorientierte Beratungsaktivitäten auf allen Ebenen der Politik genutzt. Die folgenden Artikel zeigen ein Spektrum, das von der EU-Ebene (Projektbeispiele: ESPON, Hist.Urban) über die Bundesebene (Projektbeispiele: Transferstelle Stadtumbau, REFINA), die Länderebene (u.a. anhand der Kulturlandschaftsforschungen des IRS) bis hin zur regionalen bzw. interkommunalen Beratung (z.B. bei der ARGE REZ) reicht – wobei es mittlerweile zu den Binsenweisheiten jeder raumbezogenen Politikberatung gehört, dass eine solche Ebenendifferenzierung auch irreführend ist. Im politischen Mehrebenensystem Europas kommt es vielmehr auf eine „multi-level“-Politikberatung an, die auch die Rückwirkungen der verschiedenen Steuerungsebenen auf einander mit in den Blick nimmt.

Kontakt: Gregor Prinzensing, Tel. 03362/793-274, Prinzensing@irs-net.de



Gregor Prinzensing ist Pressesprecher des IRS und Leiter des Bereichs Kommunikation und Wissenstransfer/ Öffentlichkeitsarbeit.

Ergebnistransfer im europäischen Raumforschungsprogramm ESPON

Kai Pflanz
Sabine Zillmer

Das ESPON-Programm 2006 (European Spatial Planning Observation Network) sollte im Auftrag der EU von 2000 bis 2006 wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse der europäischen Raumentwicklung für raumpolitische Prozesse liefern, um Informationsdefizite zu schließen, die im Zuge der Umsetzung des EUREK (Europäisches Raumentwicklungskonzept) offensichtlich geworden waren.

Für eine Vielzahl raumrelevanter Themenfelder sollten Forschungsansätze für regionale Analysen entwickelt und angewendet werden. Forschungsraum waren die Regionen der EU-27 sowie der kooperierenden Staaten Schweiz und Norwegen. Die Vielfalt der Themen ergab sich aus dem

EUREK. Im Sinne dieser Aufgaben lieferte das ESPON-Programm 2006 wissenschaftliche Informationsgrundlagen und Tools für politische Diskussionen und Dokumente. Es unterstützt somit die politische Entscheidungsfindung analytisch. Ergebnisse des Programms sind beispielsweise in die Kohäsionsberichte der Europäischen Kommission und in das „Territorial State and Perspective“-Dokument der informellen Ministerkonferenz in Luxemburg eingeflossen.

Das IRS war an verschiedenen ESPON-Forschungsprojekten beteiligt, deren Ergebnisse Eingang in derartige Dokumente gefunden haben. Beispiele dafür sind das Projekt 1.2.3 zur Analyse der Raumstrukturen der Informationsge-

sellschaft sowie das Projekt 2.4.2, welches integrierte Analysen von ESPON-Themen geliefert hat. Im Rahmen dieser und weiterer Projekte hat das Institut mit seinen fokussierten räumlichen Analysen Forschungsergebnisse geliefert, die wichtige Informationsgrundlagen für politische Akteure, insbesondere auf europäischer Ebene, darstellen. Als ein Beispiel seien die im ESPON-Projekt 2.4.2 durchgeführten Analysen zur Abgrenzung der transnationalen Kooperationsräume der Strukturfonds genannt. Diese finden sich in den mit der neuen Strukturfondsperiode 2007-2013 eingeführten Abgrenzungen der transnationalen Kooperationsräume wieder.

Mittels des ESPON-Projekts zu den Raumstrukturen der Informationsgesellschaft lässt sich beispielhaft aufzeigen, wie sich Auftragsforschung und Grundlagenforschung gegenseitig befruchten: So haben die Analysen der Grundlagenforschung des IRS zum räumlichen Verhalten von Informationsdienstleistern die Grundlage gebildet für die Analysen des entsprechenden ESPON-Projekts. Diese haben wiederum weitergehende Grundlagenforschungsvorhaben zu wissensökonomischen und -gesellschaftlichen Fragestellungen inspiriert.

Über die Bereitstellung von wissenschaftlichen Analysen und Tools hinaus lässt sich weiterhin ein indirekter Transfer durch Nutzung bestehender Ergebnisse auf zweierlei Weise konkretisieren: zum einen mittels der Priorität 2 des neuen ESPON-Programms 2013 und zum anderen über Projekte jenseits von ESPON. In der neuen Priorität 2 werden auf den Bedarf von politischen Akteuren abgestimmte Analysen und Aktivitäten auf Basis bereits existierender ESPON-Ergeb-

nisse durchgeführt. Projekte dieser Priorität zeichnen sich durch die unmittelbare Beteiligung der betroffenen politischen Akteure aus. Diese Ergebnisse sind darüber hinaus auch Grundlage für nationale und regionale Forschungs- und Beratungsprojekte: So werden im vom IRS durchgeführten BBR-Ressortforschungsprojekt ‚Deutschland in Europa‘ die Ergebnisse verschiedener ESPON-Projekte für die deutsche Perspektive aufbereitet, um sie für deutsche Akteure leichter nutzbar zu machen. Ähnliche staatenbezogene Anwendungen der ESPON-Ergebnisse für einen weiteren Transfer sind auch in anderen europäischen Ländern, beispielsweise Finnland oder der Schweiz, durchgeführt worden.

Kontakt: Dr. Sabine Zillmer, Tel. 03362/793-186, ZillmerS@irs-net.de; Kai Pflanz, Tel. -186; PlanzK@irs-net.de



Kai Pflanz ist Wirtschaftsgeograph (MA) und Mitarbeiter der Abteilung „Regionalisierung und Wirtschaftsräume“. Seine Forschungsschwerpunkte sind die europäische Raumentwicklung und der Wandel zur Wissensgesellschaft



Dr. Sabine Zillmer ist Diplom-Volkswirtin und Mitarbeiterin der Abteilung „Regionalisierung und Wirtschaftsräume“. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Regionalökonomie, Europäische Raumentwicklung, Stadt- und Metropolregionenforschung und Wissensökonomie.

Integrierte Stadtentwicklungspolitik – ein Beitrag zur Umsetzung der „Leipzig Charta“

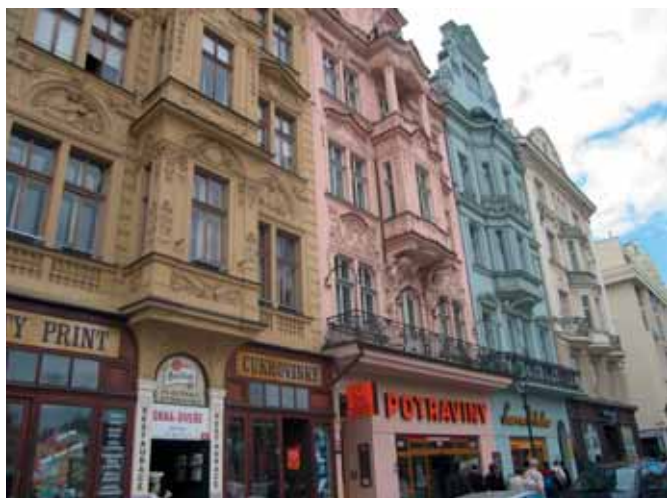
Jan Prömmel
Dagmar Tille

Die Bedeutung historischer europäischer Städte

Mit der „Leipzig Charter on Sustainable European Cities“ wurde im Mai 2007 ein Schlüsseldokument künftiger europäischer Stadtentwicklungspolitik beschlossen, das konsequent auf die europaweite Anwendung von Strategien einer integrierten Stadtentwicklung setzt. Die parallele Auseinandersetzung mit den Perspektiven historischer Klein- und Mittelstädte auf europäischer Ebene in gleich mehreren INTERREG-Projekten verdeutlicht ebenfalls deren wachsende Bedeutung. Im System der Städte verlangt dieser Bedeutungszuwachs eine den Metropolregionen vergleichbare Aufmerksamkeit. Schließlich stellen die Dauerhaftigkeit und die baukulturellen wie kulturgeschichtlichen Werte europäischer Städte eine Dimension dar, die Europa in seinen Wurzeln verbindet und allgemein zu den herausragenden Qualitäten gegenüber anderen Siedlungsformen gezählt wird.

Das EU-Projekt „Hist.Urban“

Mit dem 2008 abgeschlossenen Projekt „Hist.Urban – Integrated Revitalization of Historic Towns to promote a polycentric and sustainable development“ (INTERREG IIIB) konnten erstmals Erfahrungen zu Rahmenbedingungen, Strategien und Ansätzen der Revitalisierung historischer Klein- und Mittelstädte in Europa in einem transnationalen Rahmen ausgewertet werden. Dabei hat sich ein intensiver Austausch zwischen 19 Partnern aus neun europäischen Ländern des CADSES-Raums (dem Central European, Adriatic, Danubian and South-Eastern European Space) entwickelt, an dem Stadtverwaltungen, raum- und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute, regionale Gebietskörperschaften und weitere halböffentliche und private Partner beteiligt waren.



Sanierte Gebäude in der Innenstadt von Plzeň (Tschechien) zeigen Qualitäten, Vielfalt und kulturelle Potenziale vieler historischer Städte in Europa.



Unterschiedliche Entwicklungskontexte sind der Hintergrund für einen differenzierten Revitalisierungsstand. Im historischen Zentrum Oradeas (Rumänien) gibt es einen reichen Bestand noch unsanierter Jugendstilgebäude.

Ausgehend von der Analyse und dem Vergleich unterschiedlicher nationaler Kontexte und Transformationshintergründe wurden vom IRS und dem Centre for Regional Studies (CRS) der ungarischen Akademie der Wissenschaften fünfzehn jeweils vor Ort entwickelte kommunale Revitalisierungsansätze von Städten und anderen Körperschaften ausgewertet. Zum Projektabschluss 2008 wurde das Hist.Urban Transnational Manual vorgelegt. Es erläutert, welchen Stellenwert – besonders hinsichtlich des baukulturellen Erbes – Stadtanierungs- und -erhaltungsprozesse für die Entwicklung der Städte besitzen und in welcher Weise sich die Revitalisierungsansätze in den historischen Klein- und Mittelstädten bereits in integrierten Formen vollziehen.

Ausgewählte Ergebnisse

Planungskultur und Prozesssteuerung in den historischen Städten Europas sind geprägt von einer Vielfalt differenzierter Verfahren. Sie sind Ergebnis nationaler Planungstraditionen und Planungspraktiken. Dass herkömmliche sektorale Ansätze mit dieser Aufgabe zumindest langfristig überfordert sind, zeigte die Situation in vielen europäischen Altstädten. Hier haben sich – beschleunigt durch die Prozesse der Transformation und des ökonomischen und sozialen Strukturwandels – zum Teil komplexe Problemlagen herausgebildet.

Viele Kommunen wenden sich deshalb bereits integrierten Ansätzen in der Stadtentwicklung zu, allerdings auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher Intensität und Zielausrichtung. Diese Ansätze sind gekennzeichnet durch:

- a) einen übersektoralen, interdisziplinären und gesamtstädtischen Anspruch,
- b) eine kooperative und kommunikative Prozessgestaltung sowie
- c) ihre Implementierungsorientierung.

Mit dem Hist.Urban Transnational Manual wurden konkrete Fallbeispiele aus dem Projektkontext erfasst und analysiert. Daraus wurden Handlungsempfehlungen zu integrierten Revitalisierungsansätzen abgeleitet, die insbesondere für die Stärkung von Klein- und Mittelstädten relevant sind. Ziel ist es, den Projektpartnern eine Orientierungshilfe bei der weiteren Gestaltung der Erhaltungs- und Revitalisierungsprozesse in ihren Städten zu bieten und zugleich lokale Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung zur Implementierung solcher Ansätze anzuregen. Die im Ergebnis des Projektes verabschiedete „Declaration for an integrated revitalisation of historic centres“ ist ein hierbei hilfreiches Instrument. Sie fordert alle betroffenen Städte in Europa auf, Ansätze einer integrierten Stadterneuerung aktiv aufzugreifen und weiter zu verfolgen.

Kontakt: Dr. Dagmar Tille, Tel. 03362/793-249, TilleD@irs-net.de; Dr. Jan Prömmel, Tel. -275, Proemmel@irs-net.de



Dr. Jan Prömmel ist Dipl.-Ing. für Stadt- und Regionalplanung und Mitarbeiter der Abteilung „Regenerierung schrumpfender Städte“. Die Arbeitsschwerpunkte sind Städtebaulicher Denkmalschutz, Revitalisierung und integrierte Entwicklung historischer Städte.



Dr. Dagmar Tille ist Dipl.-Ing. Architektur und Städtebau und Mitarbeiterin der Abteilung „Regenerierung schrumpfender Städte“. Die Arbeitsschwerpunkte sind Stadtentwicklung und Baukultur, Integrierte Stadtentwicklung, Revitalisierung historischer Städte, Städtebaulicher Denkmalschutz und Stadtforschung.

Politikberatung im Forschungsfeld Stadtumbau Ost

Ulrike Hagemeister
Christoph Haller
Heike Liebmann

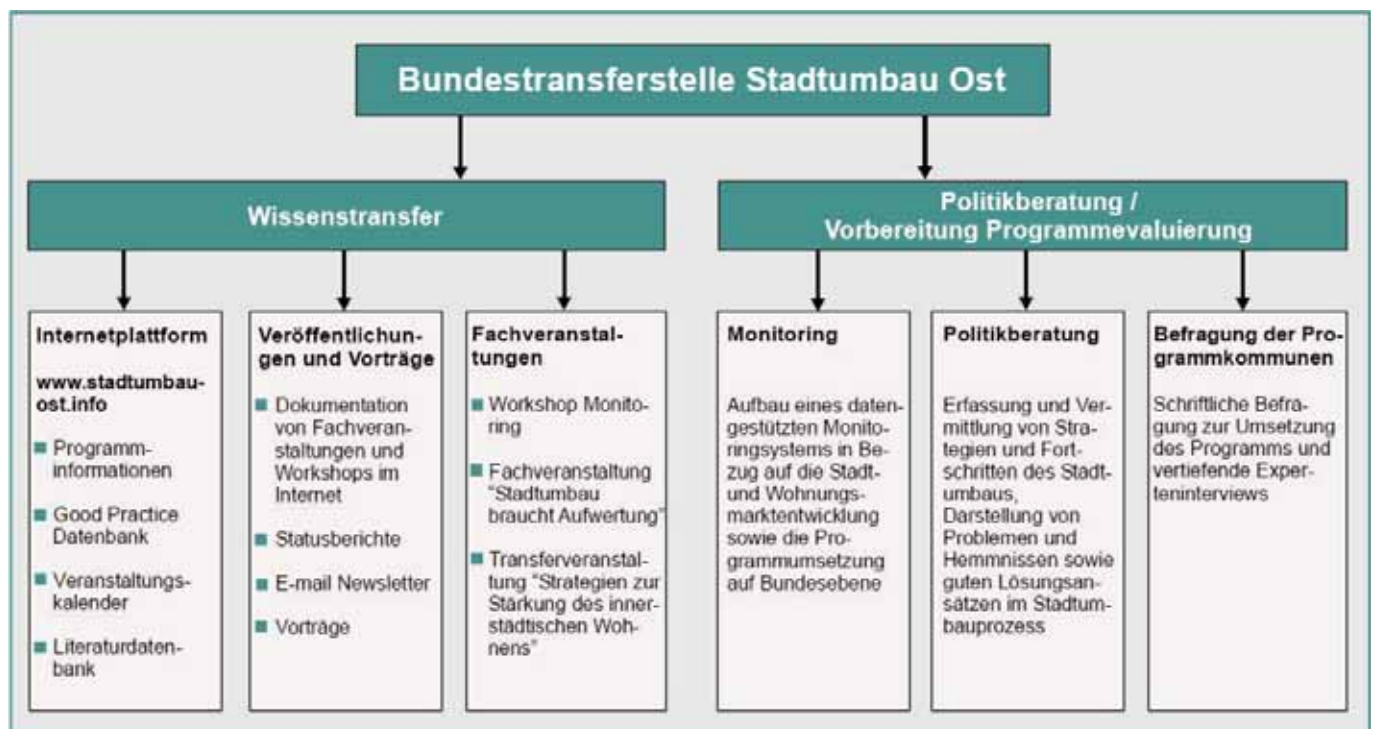
Das Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost ist eines der zentralen stadtentwicklungspolitischen Instrumente des Bundes und der Länder für die ostdeutschen Städte und Gemeinden. Das Programm zielt vor allem auf den Umgang mit den städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Folgen des wirtschaftlichen und demographischen Wandels in Ostdeutschland. Wissenschaftlich begleitet wird das Programm im Auftrag des Bundes durch die Bundestransferstelle Stadtumbau Ost, die in der Forschungsabteilung „Regenerierung schrumpfender Städte“ des IRS angesiedelt ist.

Nicht von ungefähr wurde das IRS unlängst in einem Zeitungsbeitrag als ‚Think Tank der Bundesregierung für den Stadtumbau‘ bezeichnet (vgl. Julke 2008). Denn bereits die Entstehungsgeschichte des Programms Stadtumbau Ost ist eng mit der Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts verknüpft. Es wirkte durch Prof. Dr. Werner Rietdorf 2000 an der „Expertenkommission des Bundes zum wohnungswirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Ländern“ mit. Direkt im Anschluss daran wurde das Institut vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit zwei Forschungsaufträgen betraut. Dabei ging es einerseits um Strategien im Umgang mit zunehmendem Wohnungsleerstand in Großwohnsiedlungen und zum anderen um Inhalte und Anforderungen an „Integrierte wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Konzepte“ der Kommunen.

Die Ergebnisse bildeten eine Grundlage für die inhaltliche Ausgestaltung des Programms Stadtumbau Ost und dienten gleichzeitig vielen Kommunen als Handreichung für die Erstellung ihrer „Integrierten Stadtentwicklungskonzepte“ im Rahmen des „Bundeswettbewerbs Stadtumbau Ost“ im Jahr 2002. Prof. Dr. Karl-Dieter Keim, bis Ende 2004 Direktor des IRS, war in der Bewertungskommission dieses Wettbewerbes vertreten. Der Wettbewerb gilt heute in Fachkreisen als Wegbereiter eines gewandelten Planungsverständnisses in von Schrumpfungprozessen betroffenen Kommunen. Die Abkehr von der sektoralen Ressortplanung und die Hinwendung zu einer integrierten Stadtentwicklungsplanung war bereits 2001 vom IRS eingefordert worden und wurde mit diesem Wettbewerb eingeleitet.

Seit 2004 nimmt die Bundestransferstelle die wissenschaftliche Begleitung des Programms Stadtumbau Ost wahr. Sie versteht sich als programmspezifisches Kompetenzzentrum und verbindet damit zwei zentrale Aufgabenfelder:

- die Gewährleistung und aktive Unterstützung eines kontinuierlichen Informations- und Wissenstransfers zwischen den unterschiedlichen am Stadtumbauprozess beteiligten Akteuren sowie



Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost (Quelle: BMVBS/BBR 2006: 10).

- die Erfassung und Vermittlung des Sachstandes der Programmumsetzung. Dazu gehört auch die Darstellung von Problemen und Hemmnissen sowie guter Lösungsansätze des Stadtumbauprozesses als Grundlage für Empfehlungen für die zukünftige Ausgestaltung des Programms und als Instrument der Politikberatung.

Die Bundestransferstelle hat eine Vielzahl unterschiedlicher Instrumente des Wissenstransfers entwickelt, mit denen sie zur weiteren Qualifizierung des Stadtumbauprozesses beiträgt. Dazu gehört u.a. die Internetplattform www.stadtumbau-ost.info, ein regelmäßig erscheinender E-Mail-Newsletter, eine Literatur- und Veranstaltungsdatenbank, eine Dokumentation von Good-Practice-Beispielen des Stadtumbaus im Internet, die Durchführung von Fachveranstaltungen und thematischen Workshops sowie Veröffentlichungen und Vorträge. Insbesondere die jährlich mit einer Auflage von je 1.500 Exemplaren erscheinenden Statusberichte der Bundestransferstelle werden in der Planungspraxis und der Stadtentwicklungspolitik intensiv nachgefragt. Auch an der unlängst abgeschlossenen Evaluierung des Programms Stadtumbau Ost wirkte das IRS bzw. die Bundestransferstelle mit: durch einzelne Sondergutachten (zur Bürgerbeteiligung und zur Einbeziehung privater Eigentümer in den Stadtumbau), durch eine Befragung der am Programm beteiligten Kommunen sowie durch die Mitarbeit von Dr. Heike Liebmann in der Lenkungsgruppe zur Evaluierung des Programms.

Das IRS hat in seiner fachlichen Auseinandersetzung mit dem Programm Stadtumbau Ost frühzeitig auf einige problematische Aspekte der Programmumsetzung hingewiesen, die sich inzwischen in einer gewissen Neuorientierung des Programms niederschlagen. So wurde beispielsweise immer wieder die Notwendigkeit einer stärkeren Einbindung privater Eigentümer in den Stadtumbauprozess thematisiert. Im Rahmen eines vom BBR beauftragten Forschungsvorhabens konnten die damit zusammenhängenden Fragen

– in einem gemeinsam mit dem Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) durchgeführten Projekt – vertiefend untersucht werden. Begleitend dazu führte die Bundestransferstelle im Mai 2007 einen Workshop zum Thema durch. Dr. Liebmann wirkte 2006 und 2007 in der Jury eines bundesweiten Stadtumbauwettbewerbes des Zentralverbandes Haus & Grund mit. Von der Bundesregierung wurde dieses Thema nun jüngst aufgegriffen durch die Initiierung eines Forschungsfeldes im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt), das sich explizit mit der Aktivierung privater Eigentümer im Stadtumbau auseinandersetzt.



Auf dem Kongress „Stadtumbau Ost – Perspektiven für den innenstädtischen Altbaubestand“ im Oktober 2007 präsentierte Dr. Heike Liebmann in Anwesenheit des Bundesministers Tiefensee die einführenden Thesen.

Auch die inzwischen erkennbare stärkere Orientierung des Stadtumbau Ost auf die innerstädtischen Altbauquartiere ist ein Beispiel für den Erfolg der Politikberatung des IRS. Nachdem das Institut bereits im Jahr 2003 in einem Positionspapier gefordert hatte, die Themenfelder Baukultur und Stadtumbau stärker zu vernetzen, wurde durch die Bun-



Die Statusberichte der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost sind das zentrale Informationsmedium für alle am Stadtumbau beteiligten Akteure und dominieren die fachwissenschaftliche Diskussion.

destransferstelle kontinuierlich betont, dass das Programm Stadtumbau Ost nicht allein als Abrissprogramm verstanden werden darf, sondern vielmehr die aufwertungsorientierten Programmelemente stärker in den Blick genommen werden müssen. So wurde beispielsweise im Jahr 2006 eine große Fachveranstaltung zum Thema „Aufwertung im Stadtumbau“ durchgeführt. Auch der dritte Statusbericht legt seinen Schwerpunkt explizit auf die Perspektiven der Innenstadt im Stadtumbau. Inzwischen finden sich zahlreiche Anregungen des IRS in den Verwaltungsvereinbarungen des Bundes und der Länder zur Städtebauförderung wieder.

In solchen – mittelbaren wie unmittelbaren – Wirkungen, aber auch in zahlreichen Kooperations- und Beratungsanfragen sowie in der öffentlichen Wahrnehmung spiegelt sich die hohe praktische Relevanz der Arbeit des IRS im Stadtumbauprozess wider. Die umfassenden Kompetenzen und Fachkontakte, die sich aus diesem Tätigkeitsspektrum ergeben, können wiederum – ebenso wie die im Rahmen der Begleitforschung erhobenen empirischen Daten – einen wichtigen Beitrag für die Grundlagenforschung des Instituts leisten, indem sie beispielsweise Materialien für vertiefende Einzelfallanalysen liefern.

Kontakt: Dr. Heike Liebmann, Tel. 03362/793-230, Liebmann@irs-net.de



Ulrike Hagemeister (li.) ist Dipl. Sozialwissenschaftlerin mit den Arbeitsschwerpunkten Stadtumbau, Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen und empirische Stadtforschung

Christoph Haller (re.) ist Dipl.-Ing. Stadt- und Regionalplanung mit den Arbeitsschwerpunkten Stadt- und Regionalentwicklung, demographischer Strukturwandel, wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel und Stadtumbau. Dr. Heike Liebmann (Mitte) ist Abteilungsleiterin der Abteilung „Regenerierung schrumpfender Städte“, in der die drei Autoren tätig sind. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Stadtentwicklung und Stadtpolitik unter Schrumpfungsbedingungen, Regenerierungsansätze für Städte im Strukturwandel und Stadtumbau.

Förderung der Wissensgesellschaft – Eine MORO-Studie im Auftrag des BBR

Axel Stein

Mit Verabschiedung der neuen Leitbilder der Raumordnung durch die Ministerkonferenz für Raumordnung am 30.6.2006 entstand Beratungsbedarf zur näheren Konkretisierung der einzelnen Leitbilder, um sie zu Aufgabenschwerpunkten der Raumordnung machen zu können. Unter anderem interessierten der Beitrag der Wissensgesellschaft zum ersten Leitbild „Wachstum und Innovation“ und Vorschläge zu einer Umsetzung und Erprobung vorgeschlagener Instrumente im Rahmen der Modellvorhaben der Raumordnung (MORO). Vor diesem Hintergrund wurde das IRS mit einer Studie zu wissenschaftlichen Fragestellungen beauftragt.

Diese Studie hatte im Wesentlichen vier Ziele: Sie sollte ein theoriegeleitetes und anwendungsbezogenes Verständnis der zentralen Begriffe im Kontext der Wissensgesellschaft erarbeiten. Zweitens sollten mittels empirischer Methoden die unterschiedlichen Schwerpunkte der Wissensgesellschaft in Deutschland identifiziert werden. Des Weiteren waren die raumwirksamen Instrumente der deutschen Raumordnungspolitik einer Bestandsaufnahme zu unterziehen. Schließlich sollten mittels der Studie Handlungs-

möglichkeiten für die Raumordnungspolitik zur Förderung der Wissensgesellschaft formuliert werden.

Dementsprechend beinhaltete das Ergebnis sowohl Elemente der grundlagennahen als auch der anwendungsorientierten Forschung und schloss darüber hinaus politikberatende Transferleistungen zum Auftraggeber bzw. dessen Ministerium, dem BMVBS, ein. Die Übergänge zwischen diesen Leistungen ergaben sich aus den genannten Aufgabenstellungen.

Darüber hinaus lässt sich jedoch auch ein enger Zusammenhang dieses Projekts zur Grundlagenforschung des IRS herstellen: So beschäftigt sich die Abteilung „Regionalisierung und Wirtschaftsräume“ bereits seit einigen Jahren mit den räumlichen Implikationen des Strukturwandels zur Wissensökonomie und vor diesem Hintergrund auch mit der Entwicklung von Städten und Regionen in der Wissensgesellschaft. Damit bot diese Studie die Gelegenheit, Theorie, quantitative und qualitative Empirie mit der Analyse bestehender und der Entwicklung neuer Handlungsansätze zu verknüpfen. Mittels dieser Studie wurde es möglich, den

theoretischen Rahmen zu vertiefen, die statistische Erfassung räumlicher Disparitäten bezüglich wissenschaftlicher Fragestellungen voranzubringen und schließlich anhand vor Ort gemachter Erfahrungen schwer fassbare Begriffe wie jenen „der“ Region einzugrenzen und den Begriff der Governance in der Wissensgesellschaft mit Leben zu füllen.

Der Zusammenhang zwischen Grundlagenforschung und Transferleistung ist – ähnlich wie bei anderen Drittmittelprojekten des IRS – keine Einbahnstraße. Vielmehr profitiert auch die Grundlagenforschung wiederum von den Erkenntnissen des politiknahen Auftrags: So wurde beispielsweise deutlich, dass sich Merkmale der Wissensgesellschaft und insbesondere die wissensbasierten wirtschaftlichen Aktivitäten schwerpunktmäßig innerhalb von großen Agglomerationsräumen ballen, aber zugleich auch in kleineren Städten des ländlichen Raumes konzentriert sind, sofern sich bestimmte Spezialisierungsmuster ausgebildet haben. Es konnte auch gezeigt werden, dass die Wissensgesellschaft eine vernetzte Gesellschaft ist, in der sich neue institutionelle Arrangements und Governance-Formen quer

zu den etablierten gebietskörperschaftlichen Strukturen bilden.

Weil die Wissensflüsse unsichtbar sind, konnten sie allerdings nur unzureichend ergründet werden. Folglich ist weiterhin nicht geklärt, welche Rolle die physische Raumdimension für die Wissensgesellschaft – etwa neben kognitiver, sozialer, institutioneller oder organisatorischer Nähe bzw. Distanz – hat. Diese Erkenntnis des ‚Nichtwissens‘ hat im IRS einen wertvollen Beitrag zur genaueren Spezifizierung weiterer Forschungsaktivitäten geleistet, was sich insbesondere in der Konzeption des Leitprojekts im künftigen Arbeitsprogramm 2009-2011 niederschlägt.



Dr. Axel Stein ist Mitarbeiter der Abteilung „Regionalisierung und Wirtschaftsräume“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Entwicklung der Wissensgesellschaft, europäische Raumentwicklung, Mobilitäts- und Verkehrsforschung sowie governance in räumlichen Kontexten.

ESYS – Entscheidungssystem für eine demographiefeste Infrastruktur

Michael Arndt

Problemstellung und Beratungsbedarf

Nach der aktuellen Raumordnungsprognose 2020/2050 des BBR werden künftig nur noch wenige Regionen in Deutschland wachsen. Der weitaus überwiegende Teil Deutschlands wird durch mehr oder weniger starke Bevölkerungsrückgänge gekennzeichnet sein. Die Folgeentwicklungen dieses Wandels haben entscheidenden Einfluss auf den Umfang und Bedarf der technischen und sozialen Infrastruktur. Schon heute stellt die Finanzierung von Infrastruktur eine erhebliche Belastung für die öffentlichen Haushalte dar. Kommunen und Regionen mit abnehmender Bevölkerung können die fiskalischen Lasten der Instandhaltung und des Betriebs immer weniger tragen. Ein wesentliches Problem stellen in diesem Zusammenhang die Folgekosten einer überdimensionierten Infrastruktur aufgrund von sinkenden Nutzerzahlen dar. So empfahl der „Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung“ des Bundestags, zukünftige öffentliche oder mit öffentlichen Mitteln geförderte Vorhaben im Bereich der Infrastruktur bereits im Vorfeld auf ihre Demographiefestigkeit und nachhaltige Wirkung hin zu überprüfen, damit absehbare spätere Anpassungsmaßnahmen vermieden werden können. Bund und Länder sind also gehalten, zu prüfen, inwieweit die von ihnen gesetzten Rahmenbedingungen (insbesondere die Rechtsvorschriften und Finanzierungssysteme) und Fördermaßnahmen an die Bewältigung des demographischen Wandels angepasst werden müssen.

Der Weg zu einem neuen Planungsprodukt

Hier setzt ESYS an. Es ist das Produkt eines einjährigen Forschungsvorhabens und stellt ein Bewertungssystem in Form eines Computertools für eine nachhaltige Infrastruktur- und Flächenplanung dar. Das Projekt wurde im Rahmen des BMBF-Forschungsprogramms „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und nachhaltiges Flächenmanagement“ (REFINA) gefördert (Laufzeit 05/2007-05/2008). Ziel von ESYS ist es, die öffentliche Infrastrukturinanspruchnahme hinsichtlich demographischer Dynamiken tragfähiger und flächensparsamer auszusteuern. Hierzu wurden nachhaltige Entscheidungskriterien für die Infra-



Abb. 1: Zielorientierung des Nachhaltigkeitschecks (Quelle: IRS 2008)

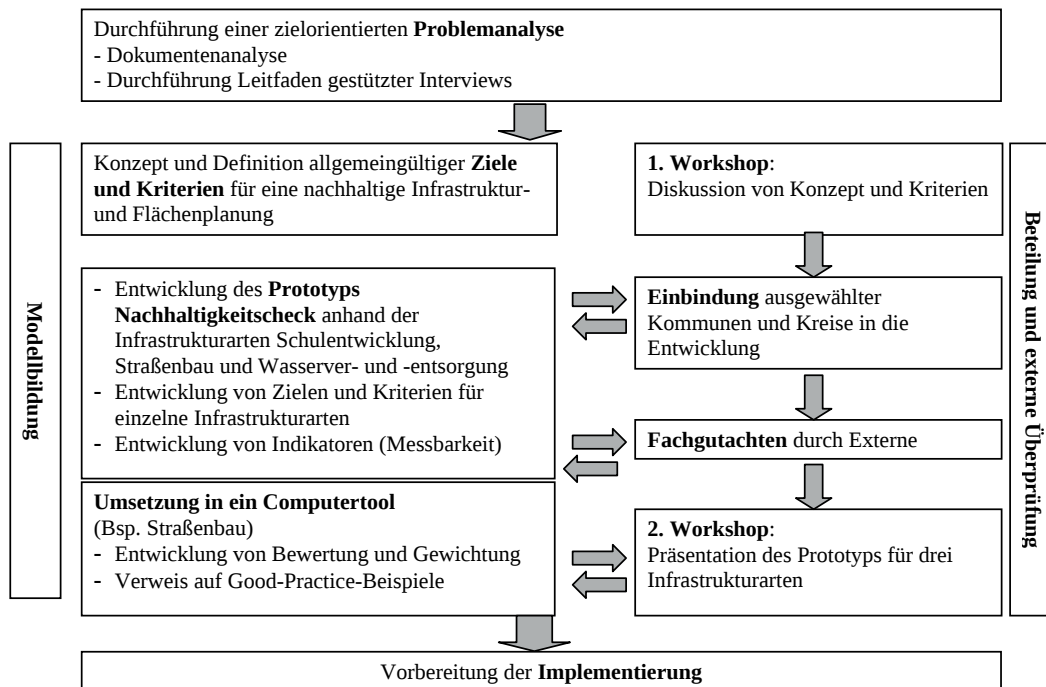


Abb. 2: ESYS – Methodische Konzeption (Quelle: IRS 2008)

struktur- und Flächenplanung in das Computertool integriert (vgl. Abb. 1). Sie berücksichtigen zum einen die zu erwartende demographische Entwicklung und die daraus resultierenden veränderten Infrastrukturanforderungen und Flächenbedarfe. Gleichfalls lassen sich Handlungsalternativen sowie die damit verbundenen positiven und negativen Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung systematisch darstellen. Der Nachhaltigkeitscheck wurde praxisnah und nachvollziehbar gestaltet und soll den verantwortlichen Planungs- und Verwaltungseinheiten von Landkreisen und Kommunen in der Infrastrukturplanung Orientierung (Abrechenbarkeit der öffentlichen Planung) geben.

Funktionen des Nachhaltigkeitschecks ESYS

Vor diesem Hintergrund ist in den nächsten Monaten zu erwarten, dass Nachhaltigkeitschecks als ein neues Planungsinstrument für öffentlich geförderte Infrastrukturmaßnahmen die Wissenschaft und Praxis zu kritischer Diskussion und Reflektion herausfordern werden. Der vorliegende Prototyp „ESYS“ umfasst Zielkriterien mit einer Vielzahl quantitativer und qualitativer Indikatoren für drei Infrastrukturarten: Daseinsvorsorge (Schule), Technische Infrastruktur (Wasserver- und Entsorgung) und Straßenbau (vgl. Abb. 2).

ESYS soll die traditionelle Infrastrukturplanung und deren formale Bewertungssysteme (Kosten-Nutzenanalyse) nicht ersetzen, sondern diese hinsichtlich nachhaltiger Zielsetzungen komplementär ergänzen.

Folgende Funktionen werden durch ESYS bedient:

- Schärfung des Problembewusstseins bei den Betroffenen (Kommunikations- und Legitimationsfunktion)
- Vorbeugung vor überdimensionierten und nicht tragfähigen Infrastruktureinrichtungen (Entscheidungshilfe)

- Beförderung einer demographierobusten Infrastruktur (prozessorientierte Lernfunktion)
- Evaluierung der Nachhaltigkeit von Infrastrukturprojekten (Kontrollfunktion)

Weiterer Beratungs- und Forschungsverlauf

Gegenwärtig wird gutachterlich geprüft, inwieweit der Nachhaltigkeitscheck im Aufgabenbereich „Straßenbau“ auf die spezifischen Gegebenheiten eines Bundeslandes angepasst werden kann (Auftraggeber: Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg). Parallel hierzu erfolgt im weiteren Forschungsverlauf von ESYS die zeitnahe Integration von Zielen, Kriterien und Indikatoren der Infrastrukturbereiche „Schule“ und „Wasserver- und -entsorgung“ in das Computertool. Hieran schließt sich die Implementationsphase von ESYS im Mehrebenensystem der Bundesrepublik (Bund, Land, Kreise, Kommunen) an. Der vorliegende Prototyp des Nachhaltigkeitschecks ist in der administrativen Praxis an konkreten Projekten auszutesten und für die Planungspraxis zu optimieren und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Interessierte Kommunen sind hierzu herzlich eingeladen.

Kontakt: Michael Arndt, Tel. 03362/793-177, ArndtM@irs-net.de



Dr. Michael Arndt ist stellvertretender Leiter der Abteilung „Regionalisierung und Wirtschaftsräume“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Infrastrukturpolitik, monetäre Regionalpolitik, europäische Raumentwicklung und Indikatorensysteme.

Politikberatung zur Umsetzung des dritten Leitbildes für die Raumentwicklung „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“

Ludger Gailing
Andreas Röhring

Seit 2003 werden im Rahmen des Leitprojektes der Abteilung „Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern“ unterschiedliche Problemstellungen der Kulturlandschaftsentwicklung untersucht. Einen Schwerpunkt bilden dabei institutionelle Regelungen des Umgangs mit Kulturlandschaft als regionalem Gemeinschaftsgut. Parallel zu diesen Forschungen – teilweise auch davon inspiriert – wurde Kulturlandschaft im gesellschaftlichen und politischen Raum immer mehr als Potenzial für eine qualitative Regionalentwicklung erkannt und in Regelungen auf unterschiedlichen Ebenen berücksichtigt. Ein wesentlicher Meilenstein dieses Prozesses war 2006 die Verabschiedung der Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland mit dem Leitbild „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“.

2006 wurde das IRS durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg mit einer Forschungsexpertise „Kulturlandschaften in Berlin und Brandenburg – Kriterien und Vorschläge zur handlungsräumlichen Abgrenzung“ beauftragt. Sie hatte zur Aufgabe, den seinerzeit im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms verankerten Kulturlandschaftsansatz im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Landesentwicklungsplanes weiterzuentwickeln. Dazu wurden Grundlagen für die weitere konzeptionelle Ausrichtung von Raumplanung und Regionalentwicklung und Vorschläge für eine flächendeckende Abgrenzung von kulturlandschaftlichen Handlungsräumen in Berlin und Brandenburg erarbeitet. Letztere sind als Anregungen für regionale Akteure in den Entwurf des neuen gemeinsamen Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B-B) aufgenommen worden. Die konzeptionellen Vorschläge des IRS haben Eingang in die Neuausrichtung des Kulturlandschaftsansatzes in den textlichen Festlegungen und Begründungen des LEP B-B-Entwurfes gefunden.

Auf der Grundlage des Gutachtens wurde 2007 durch das IRS die Broschüre „Kulturlandschaften – Chancen für die regionale Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ erarbeitet. Sie soll insbesondere den regionalen Akteuren Anregungen vermitteln, den in der neuen Landesentwicklungsplanung verfolgten innovativen Kulturlandschaftsansatz umzusetzen und Kulturlandschaften als Handlungsräume einer kooperativen Regionalentwicklung zu verstehen und aktiv zu gestalten.

Bei der Umsetzung des dritten Leitbildes hat zwar die Landesebene eine wesentliche Funktion. Da es sich jedoch um Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland handelt, kommt der Bundesebene die Aufgabe zu, Rahmenbe-

dingungen zu prüfen und Impulse zu geben, die die Umsetzung in den Ländern und Regionen ermöglichen. Die konkreten Umsetzungsaktivitäten sind jedoch hauptsächlich durch die Akteure in den Kulturlandschaften auf regionaler Ebene zu leisten. Das IRS konnte sich auch auf diesen beiden Ebenen, der Bundesraumordnung und der kulturlandschaftlichen Handlungsräume, in die Politikberatung zur Umsetzung des Leitbildes „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ einbringen.

Ende 2006/Anfang 2007 wurde eine Vorstudie für die Durchführung von Modellvorhaben zur regionalen Kulturlandschaftsgestaltung durch die Raumordnung auf Bundesebene erarbeitet. Das Projekt verfolgte das Ziel, die Raumordnung auf Bundesebene hinsichtlich der neuen Aufgaben der Kulturlandschaftsgestaltung zu unterstützen. Anknüpfend an den Forschungsstand wurden Einflussmöglichkeiten der Raumordnung auf die Kulturlandschaftsgestaltung, Anpassungserfordernisse der Raumordnung, innovative Ansätze regionaler Kulturlandschaftsgestaltung sowie Erfolgsfaktoren und Handlungsmöglichkeiten im Blick auf mögliche Modellvorhaben der Raumordnung untersucht.



Kulturlandschaftsbroschüre im Auftrag der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg.

Das 2007 für den Förderverein Mittlere Havel e.V. erarbeitete Gutachten zu Möglichkeiten der Institutionalisierung der Kulturlandschaftsentwicklung erörterte in Anwendung des handlungsräumlichen Ansatzes der Kulturlandschaftsentwicklung die Realisierungsmöglichkeiten für einen „Na-

turpark Mittlere Havel“. Gleichzeitig wurden alternative, zivilgesellschaftlich getragene Formen der Institutionalisierung der Kulturlandschaft untersucht.

Im Rahmen dieser Beratungsleistungen wurden die Ausrichtung des IRS-Forschungsansatzes zur Kulturlandschaftsentwicklung bestätigt, seine Praxisrelevanz erprobt und gleichzeitig neue Erkenntnisse für seine Weiterentwicklung im Sinne einer sozialwissenschaftlich orientierten Raumforschung erbracht. Das Leitprojekt der Abteilung 2, das sich in diesem Zeitraum den Gemeinschaftsgutproblemen, Gemeinwohlvorstellungen und Governance-Ansätzen im Umgang mit der Kulturlandschaft in Berlin und Brandenburg widmete, hat von den Projekten der Politikberatung wesentlich profitiert.

Kontakt: Andreas Röhring, Tel. 03362/793-170, RoehringA@irs-net.de; Ludger Gailing, Tel. -252, Gailing@irs-net.de



Ludger Gailing ist Dipl.-Ing. für Raumplanung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind regionale Kulturlandschafts- und Freiraumpolitik, Institutionen und Governance und Stadt- und Regionalplanung.



Andreas Röhring ist Dipl.-Ingenieurökonom. Seine Arbeitsschwerpunkte sind institutionelle und räumliche Problemstellungen der Kulturlandschaftsentwicklung.

Stadtumbau statt Abbau

Thomas Kuder
Heike Liebmann

Stadtumbau statt Abbau – unter diesem Titel erarbeitete das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung im Herbst des vergangenen Jahres eine Expertise zu drängenden Fragen der Stadtentwicklung und des Stadtumbaus in Sachsen. Das Gutachten wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag in Auftrag gegeben. Es zielte im Wesentlichen auf eine umfassende Politikberatung des Auftraggebers im Hinblick auf eine weitere Profilbildung in den aktuellen Handlungsfeldern Stadtumbau und Stadtentwicklung. Es enthielt dazu auch eine anschauliche Dokumentation innovativer kommunaler Initiativen zur innerstädtischen Regenerierung, eine themenbezogene Literatursammlung sowie Steckbriefe zu allen auf die Stadtentwicklung bezogenen Förderprogrammen von EU, Bund und Land Sachsen.



Insbesondere bisher nur schwach sanierte innerstädtische Quartiere aus der Gründerzeit weisen in einigen sächsischen Städten schwierige Entwicklungsperspektiven auf.

Zu diesem Zweck wurde eine systematische Analyse der Rahmenbedingungen erarbeitet, denen die Stadtentwicklung und der Stadtumbau in vielen schrumpfenden Klein- und Mittelstädten in Sachsen heute unterliegen. Zurückgegriffen werden konnte dabei auch auf vorhandenes Erfahrungswissen, das durch die Arbeit der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost am IRS besteht. Des Weiteren wurde eine Untersuchung der Handlungsbarrieren und Entwicklungschancen in den sächsischen Städten angefertigt; ergänzt wurde dies schließlich durch eine aktuelle Einschätzung zu den Stärken und Schwächen der gegenwärtigen sächsischen Stadtentwicklungs- und Förderpolitik. Besonderes Gewicht wurde der Frage nach den intendierten und nicht intendierten raumstrukturellen Wirkungsweisen der Förderprogramme beigemessen.

Das Gutachten kam abschließend zu der Einschätzung, es bedürfe zwar keines Richtungswechsels in der sächsischen Stadtentwicklungs- und Förderpolitik, gleichwohl aber einer zielgenauen, aus Erfahrungen lernenden Neujustierung. Als vordringlich eingeschätzt wurden dabei Verbesserungen im Bereich des Schutzes und Erhaltes der städtischen Altbaubereiche, vor allem der Gründerzeitgebiete und der Siedlungen der 20er und 30er Jahre, einhergehend mit einer verbesserten Einbeziehung von Einzeleigentümern in den Stadtumbau. Zudem wurde ein zielgerichteter Einsatz europäischer Fördermittel für eine innenorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung sowie eine grundlegende Stärkung der integrierten Planungsinstrumente empfohlen. Neben der intendierten Wirkung (forschungsbasierte Politikberatung und Beitrag zur Profilbildung des Auftraggebers) fand das im Frühjahr 2008 veröffentlichte Gutachten

mit einzelnen Inhalten auch Eingang in kontrovers geführte landespolitische und parlamentarische Debatten zur Neuausrichtung der sächsischen Landespolitik. Zudem stieß es in lokalen zivilgesellschaftlichen Diskursen verschiedener Städte als Expertise und Argumentationshilfe auf ein reges Interesse.

Kontakt: Dr. Thomas Kuder, Tel. 03362/793-237, Kuder@irs-net.de



Dr. Thomas Kuder ist Mitarbeiter der Abteilung „Regenerierung schrumpfender Städte“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadtplanung, insbesondere Planungstheorie, Stadtentwicklung, Stadterneuerung und städtebaulicher Denkmalschutz.

Wissenschaftsbasierte Beratung in komplexen Politikfeldern – der Masterplan Stadtumbau des Landes Brandenburg

Thomas Knorr-Siedow

Der Sinn, aber auch die möglichen Probleme einer integrierten Stadt- und Regionalentwicklung als Ressorts und Institutionen übergreifendes Politikkonzept stehen nicht erst seit der Debatte um eine nationale Stadtentwicklungspolitik und das aktuelle ExWoSt-Projekt zur „Integrierten Stadtentwicklung in Stadtregionen“ auf der Agenda politischer Entscheidungen und wissenschaftlicher Forschung. Bereits im Jahr 2004 wollte das Land Brandenburg überprüfen, ob seine Politik des ‚die Stärken stärken‘ durch die Bündelung der knapper werdenden Fördermittel und eine Integration über Ressort- und Akteurgrenzen hinweg für eine zukunftsorientierte Landesentwicklung erfolgversprechend wäre. Um Politik und Förderstrukturen an die sich schnell verändernden Rahmenbedingungen anzupassen und die Stadtentwicklung in Brandenburg aktiv und vorausschauend zu gestalten, wurde ein »Masterplan Stadtumbau« in Auftrag gegeben, der in einem engen Beratungsverhältnis zwischen Verwaltung, Politik und Praxis erarbeitet wurde.

Kooperation Politik – Wissenschaft – Praxis

Mit der Entwicklung des Masterplans und für eine erste experimentelle Umsetzungsphase der neuen Förderstrukturen wurde eine Partnerschaft aus dem IRS und dem Planungsbüro Ernst Basler und Partner als planungspraktisch erfahrenem Akteur beauftragt. Für die Projektsteuerung wurde eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe des Ministeriums für Infrastruktur und Raumentwicklung eingerichtet, die sich selbst ausdrücklich als Mediator gegenüber den anderen Landesverwaltungen verstand. Damit wurde die Projektsteuerung selbst als ein institutioneller Lernprozess angelegt. Neben der Vermittlung wissenschaftlichen Wissens aus der Forschung war der kommunikative Prozess zentral, in dem die Logiken integrierter Politiken und Handlungsformen erarbeitet wurden. Ein solcher, auf Kreativität, Analyse und umsetzbare Handlungsvorschläge zielender Prozess erschien nur erfolgversprechend, wenn er alle Beteiligten einbezieht: Politik und Verwaltung, die raumprägenden wirtschaftlichen Akteure, die Träger sozialer Belange und die Bürger. In unterschiedlichen Veranstaltungsformen – Vortrag, Seminar, Tagung – wurden den Ak-

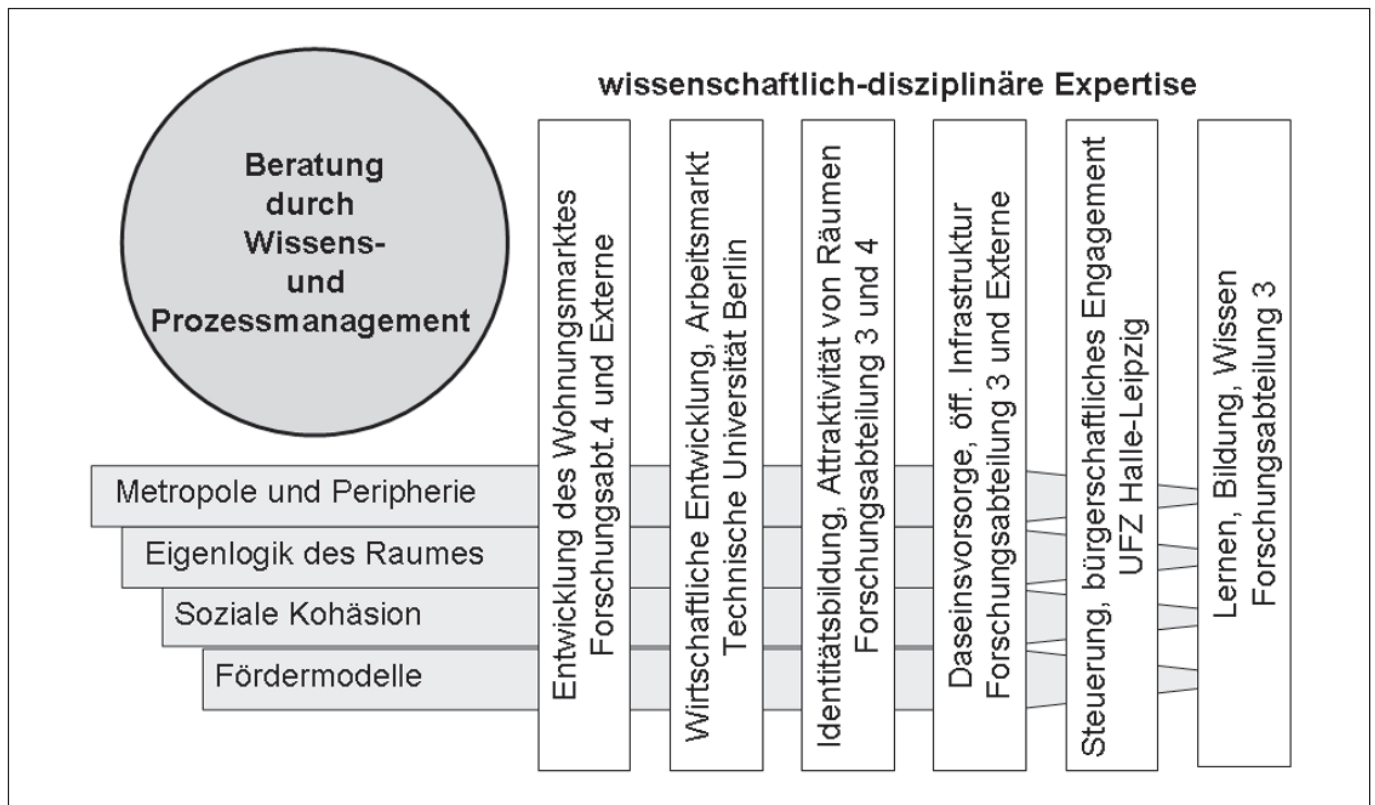
teuren damit ein Diskussionsraum eröffnet; hier konnten die teilweise konfligierenden Interessen diskutiert und auch die Gemeinsamkeiten einer auf ‚win-win‘-Situationen angewiesenen Landesentwicklung mit knappen Ressourcen gefunden werden. Andere Landesverwaltungen, Wirtschaft, Kommunen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen konnten den moderierten Lernraum zur Stadtentwicklung nutzen und damit neben der Wissenschaft als diskutierende Berater aus der Praxis für die Verwaltung auftreten.

Distanz und Nähe – Zu den Schwierigkeiten kommunikativer Politikberatung

Als eines der Grundprinzipien wissenschaftlicher Politikberatung (vgl. die ‚Leitlinien Politikberatung‘ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften) gilt, dass die beiden Welten, die Politik und die Wissenschaft, im Beratungsverlauf wie auch in der Umsetzung der Ergebnisse ihren je eigenen Verantwortungsbeziehungen verpflichtet bleiben. Insofern war es erforderlich, den Beratungsprozess zum »Masterplan Stadtumbau« einerseits kommunikativ aufzubauen, andererseits der beratenden Wissenschaft – wie selbstverständlich auch der Politik – die Distanz zu gewähren, die eine Vermengung der unterschiedlichen Perspektiven verhindert. Im Arbeitsprozess sollte dies gewährleistet werden, in dem thematische Fachgutachten aus dem IRS und anderen Raumforschungseinrichtungen aus der jeweils eigenen Forschung zu Schlüsselfragen der Landesentwicklung (siehe Grafik) quasi als Katalysatoren für den Diskurs dienten. Damit wurde ein zweites Grundprinzip wissenschaftlicher Beratung berücksichtigt. Sie darf nur aus dem eigenen fachlichen Wissen abgeleitet werden. Das betrifft sowohl die Beratungsthemen – wie z.B. zur Revitalisierung von schrumpfenden Städten – als auch den Beratungsprozess – hier an der Forschung zu Wissen und Stadt abgeleitet.

Synchronität und Konsequenz – zum Konflikt der Erwartungen

Ein Problemfeld in der beratenden Kommunikation zwischen Wissenschaft und politischer Praxis der Raument-



Drei Zugänge bestimmen das Beratungsverfahren. Disziplinäres Fachwissen (Vertikale) wird durch den interdisziplinären Diskurs über Querschnittsthemen (Horizontale) ergänzt. Dazwischen vermittelt die Beratung als moderierter Prozess des Wissensaustauschs zwischen der thematischen und der prozessualen Ebene.

wicklung besteht in den jeweils eigenen ‚Wahrheitsansprüchen‘ und den zeitlichen Logiken. Während die Wissenschaft (oft) das Praxisfeld als ‚Objekt‘ der Forschung und der Falsifikationsversuche ihrer Theorien ansehen wird, sind die Perspektiven der Praxis auf Annäherungen an überschaubare Erfolge gerichtet. Wissenschaft kann und muss sich an den Schreibtisch zurückziehen, während sich die Praxis dem Alltag der Politikumsetzung und der Überprüfung durch gewählte Mehrheiten ausgesetzt sieht. Für den Masterplan war es eine positive Voraussetzung, dass das IRS zum Thema Governance auf ein Repertoire aktueller Forschung (z.B. zur ‚Sozialen Stadt‘, Stadt2030, Stadumbau Ost) zurückgreifen konnte, die passfähig zu den aktuellen Fragen aus der Praxis waren. Jedoch hatten beide Seiten die Zumutungen der jeweils anderen auszuhalten. Die Wissenschaft musste lernen, zu berücksichtigen, dass praktische Restriktionen manchmal der Umsetzung von ‚gesicherten‘ Forschungsergebnissen entgegenstanden. Widerstände aus Verwaltung und Politik gegen die auf Kommunikation und ressortübergreifende Integration gerichteten Handlungsvorschläge der Wissenschaft mussten im Einzelfall als durchaus gerechtfertigt anerkannt werden. Das Auftrag gebende Ministerium dagegen fand es erst nach einer Phase der Eingewöhnung als anregend, kontinuierlich mit dem wissenschaftlichen Sachstand konfrontiert und zumutig forschenden ‚ergebnisoffenen‘ Handeln auf dem eigenen Feld aufgefordert zu werden.

Im dritten Jahr ...

Im Rückblick hat der Masterplan als solcher nicht die Förderlandschaft der Stadtentwicklung verändert. Er hat jedoch dazu beigetragen, eine neue Planungskultur über die Grenzen von Ressorts und Akteursinteressen hinaus zu entwickeln. Er hat erfolgreich dazu beigetragen, Förderung neu und flexibler an komplexen Fragestellungen zu orientieren und den unterschiedlichen Akteuren – Land, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – Wege der Annäherung an Problemlösungen aufgezeigt, wie sie sich heute in der Integration der Stadtentwicklungspraxis zeigen.

Weiterführende Links: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2008, Leitlinien Politikberatung:

■ http://www.bbaw.de/bbaw/Akademie/dateien_bilder/LeitlinienPolitikberatungFinal.pdf

Kontakt: Thomas Knorr-Siedow, Tel. 03362/793-235, Knorr-ST@irs-net.de



Thomas Knorr-Siedow ist Mitarbeiter der Abteilung „Wissensmilieus und Raumstrukturen“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Soziale Stadtentwicklung, soziale und räumliche Peripherisierung, urban governance, EU-Stadtpolitiken, Wissensmanagement, Partizipation, Policy-Forschung (Politiken, Programme, Projekte)

Politikberatung vor der eigenen Haustür: Die Brandenburger Regionalgespräche setzen auf Dialog und Kontinuität

Gerhard Mahnken

Eine Grundvoraussetzung für regionale Entwicklung ist und bleibt die Kommunikation zwischen den Menschen vor Ort – von Angesicht zu Angesicht. Konzeptionell gehört der kontinuierliche, direkte Dialog mit und zwischen unterschiedlichen Gruppierungen und Akteuren aus den Bereichen Politik, Kultur, Wirtschaft und Verwaltung deshalb zu den zentralen Instrumenten der Politikberatung im IRS. Hier gilt das Motto: Die Mischung macht's – sie bietet die besten Chancen, voneinander zu lernen.

Eine Schwierigkeit für dialogische Ansätze der Regionalentwicklung und für direkte Kommunikationen stellen aber meist fehlende dauerhafte und neutrale Veranstaltungsorte dar, die das Entstehen regionaler Arbeits- und Vertrauensbeziehungen befördern. Vor diesem Hintergrund hat das IRS die Brandenburger Regionalgespräche als ein besonderes Forum entwickelt. Dabei handelt es sich um eine informelle und unabhängige Diskussionsplattform, zu der das Institut seit 1996 Politiker, Verwaltungsfachleute, Kulturschaffende, Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter und Verbandsvertreter aus Brandenburg und auch aus Berlin einlädt (vgl. Übersicht). Das Hauptziel dieser kommunika-

tiven Arena besteht darin, eine hierarchiefreie Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen der Stadt- und Regionalentwicklung zu erreichen. Damit wirkt das zur Leibniz-Gemeinschaft gehörende Institut, das ja einen überregionalen Forschungsauftrag hat, auch ‚vor der eigenen Haustür‘ daran mit, für regionale Entscheidungsträger und Akteure eine auf Kontinuität angelegte Kommunikationskultur im sozialen Raum zu unterstützen. Die Brandenburger Regionalgespräche ergänzen somit als eine spezielle Form des Wissenstransfers bestehende formelle Gremien im Land Brandenburg und in der Hauptstadtregion. Vorbereitet werden sie im IRS in ressortübergreifender Kooperation mit Vertretern brandenburgischer Ministerien, mit Amtsleiter/innen, Dezernent/innen, Verbandsvertreter/innen, freien Trägern, mit Unternehmen, ‚Raumpionieren‘ und – last but not least – mit den jeweils fachnahen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus dem IRS.

Im Lauf der Jahre wurden hier einschlägige Probleme und damit verbunden immer auch Perspektiven für das Sitzland des IRS in Gesprächsrunden von in der Regel 30 Teilnehmern diskutiert und durch Fachstatements aus dem IRS und

Die Brandenburger Regionalgespräche des IRS im Überblick

1. Auftaktveranstaltung (November 1996)
2. Die Kulturlandschaft Oder-Spree (Februar 1997)
3. Kulturentwicklungsplanung in der Region Oderland-Spree als kommunikativer Prozess (April 1997)
4. Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung im Landkreis Oder-Spree (September 1997)
5. Jugend und Kultur (November 1997)
6. Die Kulturlandschaft Oder-Spree (Februar 1998)
7. Kultur als Wirtschaftsfaktor (März 1998)
8. Vom Marktplatz auf die grüne Wiese (November 1998)
9. Kommunen zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Lokale Agenda 21 (Juni 1999)
10. Jugendkultur und Gewalt (September 1999)
11. Zukunftsperspektiven für Jugendliche (Juni 2000)
12. Für eine offene Bürgergesellschaft – Gute Praxis – Beispiele aus Schule, Jugendkultur und Kommune (November 2000)
13. Regionale Agenda (März 2001)
14. Brandenburg und Europa (November 2001)
15. Stadt 2030 (März 2002)
16. Förderung der Grenzregion (November 2002)
17. Kulturentwicklungsplan des Landes Brandenburg (März 2003)
18. Kulturentwicklung ohne Wachstum (November 2003)
19. Kultur- und Weiterbildungsnetze (November 2004)
20. Szenen einer wilden Länderehe – Perspektiven für Brandenburg und Berlin (März 2005)
21. Die Regionen werden älter: Kulturentwicklungsplanung im Spiegel der demographischen Entwicklung (November 2005)
22. Was heißt hier Kulturlandschaften? Neue und alte Pfade für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung in Brandenburg (März 2006)
23. Was heißt hier Baukultur – Wie kann Brandenburg den Blick für seine Werte schärfen? (November 2006)
24. Fremde im eigenen Land – Plädoyers und Perspektiven für ein weltoffenes Brandenburg (März 2007)
25. Wasser im Land Brandenburg – Zwischen Mangel und Überkapazitäten (November 2007)
26. Die kreativen Spielräume der Peripherie (November 2008)



Die Brandenburger Regionalgespräche setzen auf Dialog und Dauerhaftigkeit: Seit 1996 bietet das IRS diese informellen Gesprächsrunden zu aktuellen Landesthemen an. Im Bildvordergrund: Dr. Jürgen Schröter, Landrat a.D. des brandenburgischen Kreises Oder-Spree.

anderen Einrichtungen flankiert. Mit diesem dialogisch orientierten Ansatz der Politikberatung möchte das IRS bewusst einen Beitrag zu laufenden – und womöglich auch zu noch anstehenden – Debatten im Land Brandenburg erbringen. Das Institut hat mit dieser Strategie in der Vergangenheit sozusagen als ‚Seismograph‘ manches Thema identifizieren können, das für die Stadt- und Regionalentwicklung Brandenburgs auf der Agenda stand und steht.

Auf Initiative der Direktorin des IRS, Prof. Dr. Heiderose Kilper, findet die nächste Veranstaltung in Potsdam im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte und in Kooperation mit Kulturland Brandenburg statt. Mit dem Thema begeben sich die Veranstalter unter ein gemeinsames Dach, das paradigmatisch ist für die Brandenburger Regionalgespräche. Denn es geht am 12. November 2008 einmal mehr um die kreativen Spielräume zwischen Zentrum und „Peripherie“.

Kontakt: Gerhard Mahnken, Tel. 03362/793-113, MahnkenG@irs-net.de



Gerhard Mahnken ist stellvertretender Leiter der Abteilung „Wissensmilieus und Raumstrukturen“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Raum und Wissen, Stadt- und Regionalkulturen, raumbezogene Kommunikationsforschung und Public Branding.

IRS mit „Sitz und Stimme“ im Städtekrantz Berlin-Brandenburg

Petra Jähnke

Seit mehr als zehn Jahren wird der Städtekrantz Berlin-Brandenburg vom IRS wissenschaftlich begleitet und beraten. Mit Unterstützung der Landesregierung wurde er 1995 als kommunale Arbeitsgemeinschaft der regionalen Entwicklungszentren um Berlin gegründet. Diesen kam im damaligen raumordnungspolitischen Leitbild von Brandenburg eine besondere Rolle zu. Auch nach der Neuorientierung der Struktur- und Förderpolitik in der Hauptstadtregion im Jahre 2005 trug die projektorientierte Zusammenarbeit der Städte Brandenburg a.d.H., Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (O.), Jüterbog, Luckenwalde und Neuruppin weiter. Mittlerweile wird sie zu großen Teilen aus kommunalen Eigenmitteln finanziert.

Zunächst leistete das IRS von 1994 bis 1996 im Rahmen eines Projekts, das vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg (MSWV) finanziert wurde, Hilfestellungen bei der Vorbereitung der Gründung selbst und übernahm teilweise inhaltliche und organisatorische Aufgaben einer Geschäftsstelle; daneben wurde der Gründungsprozess vom Institut dokumentiert und evaluiert. Ab 1997 konzentrierte sich die Unterstützung bzw. Zusammenarbeit auf eine Mitarbeit in den Gremien (das IRS hat Gaststatus in der Mitgliederversammlung und der Steuerungsgruppe), gemeinsame Forschungs-

projekte (wie das BMBF-Projekt „Lebensqualität in Klein- und Mittelstädten“) und die wiederholte Einbeziehung von Städtekrantzstädten als Fallbeispiele in die Projektforschung des IRS (wie im Rahmen des Interreg III C Projekts Coronas Metropolitanas). Parallel dazu flossen Erkenntnisse aus der Forschungsbegleitung in wissenschaftliche Fach-



Titelblatt der Städtekrantz-Publikation „Projekte und Positionen. 1995 bis 2007 – Eine Zwischenbilanz“, Potsdam/Luckenwalde 2007

beiträge und Veröffentlichungen sowie in Städtekrantz-Publikationen ein.

Die Beratungsleistungen des IRS schlossen zu Anfang auch Dienstleistungsaufgaben ein, so z.B. eine zeitweilige Projektgruppenleitung. Im Mittelpunkt der Erwartungen stand aber auf beiden Seiten immer der Wissenstransfer bzw. eine forschungsbasierte Politikberatung. Heute bilden die Erfahrungen einer langjährigen Zusammenarbeit eine gute Basis für die Kooperation bei Projekten oder Aktivitäten mit gemeinsamen Interessenschwerpunkten, wie beispielsweise beim Thema Stadtumbau. Darüber hinaus stellen die Vorhaben des Städtekrantzes Berlin-Brandenburg und deren Begleitung auch weiterhin Anknüpfungspunkte für anwendungsbezogene Forschungen dar.

Übersicht zu ausgewählten Publikationen:

Aehnelt, R.; Kühn, M.; Schütte, I.: Lebensqualität in Klein- und Mittelstädten: Monitoring im Städtekrantz Berlin-Brandenburg. REGIO transfer 6, Beiträge zur anwendungsbezogenen Stadt- und Regionalforschung. Erkner 2006. – 168 Seiten

Arndt, M.; Jähne, P.; Triller, M.: Brandenburger Städte definieren sich neu. Vom Städteforum zum Städtenetz. IRS, REGIO 13, Beiträge des IRS, Erkner 1997. – 157 Seiten
Bundestransferstelle Stadtumbau Ost: Projektdatenbank „Gute Beispiele“. Brandenburg (an der Havel), Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Luckenwalde, Jüterbog, Neuruppin: Arbeitsgemeinschaft Regionale Entwicklungszentren des Städtekrantzes im Land Brandenburg - Kooperation im Stadtumbau innerhalb eines Städtenet-

zes. Stand 11/2006. – <http://www.stadtumbau-ost.info/praxis>

Jähne, P.: Kooperation im Städtenetz – Regionale Entwicklungszentren in Brandenburg. In: Kühn, M.; Moss, T. (Hrsg.): Planungskultur und Nachhaltigkeit. Berlin 1998, S. 185-211

Jähne, P.: Interkommunale Kooperation als Governanceform- und -prozess. Der „Städtekrantz Berlin-Brandenburg“. In: RaumPlanung 134, 2007, S. 209-214

Krupa, J.; Schmidt, S.: Newsletter Coronas Metropolitanas (national). Ausgabe 1 bis 7 (2005/2006). – <http://www.irs-net.de/coronas>

Suter-Blume, W.: Konversion im Städtekrantz – Ein weltweites Projekt der Weltausstellung EXPO 2000. In: Jähne, P.; Gawron, Th. (Hrsg.): Regionale Kooperation – Notwendigkeit und Herausforderung kommunaler Politik. GRAUE REIHE 21, Materialien des IRS, Erkner 2001, S. 163-171

Weiterführende Links: ■ <http://www.staedtekrantz.de>

Kontakt: Dr. Petra Jähne, Tel. 03362/793-182, JaehneP@irs-net.de



Dr. Petra Jähne ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Wissensmilieus und Raumstrukturen“. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind wissenschaftsbasierte Stadt- und Raumentwicklung, urban governance, Wissen, Kommunikation und Raumbindung, Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Kontexte forschungsbasierter Politikberatung

Heiderose Kilper

„Mit dem Wissen wächst der Zweifel“ – dieses Goethe-Zitat aus den „Maximen und Reflektionen über Literatur und Ethik“ mag im Zusammenhang mit dem Thema „Forschungsbasierte Politikberatung“ zunächst verstörend wirken – erwartet man von Politikberatung doch gemeinhin ein Mehr an Entscheidungsorientierung und -sicherheit für politische Mandatsträger in einem demokratischen Gemeinwesen, weil sie dank der Beratung über ein Mehr an Informationen verfügen (sollten) – und nicht über ein Mehr an Zweifeln. Dennoch:

In dem Zitat stecken einige Wahrheiten, die im Alltag der Politikberatung leicht aus dem Blick und deshalb in Vergessenheit geraten können: Aus jeder neuen Erkenntnis entstehen neue Fragen. Forschungsbasierte Politikberatung steckt in einem prinzipiellen Dilemma. Um die Informationsbasis für ihre Entscheidungen zu erweitern, verlangen Politiker oft Wissen über künftige Entwicklungen der Ge-

sellschaft und der Wirtschaft, der Mensch-Umwelt-Beziehungen, der internationalen Beziehungen. Da es sich dabei immer um hochkomplexe, nicht-lineare Systeme handelt, muss unser Wissen darüber auf Annahmen beruhen, deren Richtigkeit sich erst im Nachhinein erweisen kann. Das heißt mit anderen Worten: Es gibt keine absoluten Wahrheiten, schon gar nicht über künftige Entwicklungen, geschweige denn, dass Wissenschaft kurzfristig umsetzbare Handlungs-„Rezepte“ liefern könnte.

Das IRS ist mit seiner forschungsbasierten Politikberatung in einen institutionellen Kontext eingebunden, der auf Grund seiner Heterogenität unterschiedliche Ansprüche an das Institut adressiert. Ansprüche kommen

- aus dem Wissenschaftssystem, in dem das IRS als außeruniversitäre Forschungseinrichtung verankert ist. Anspruch von wissenschaftlichem Wissen ist, hinter den

vielfältigen Erscheinungen der Wirklichkeit durch wissenschaftliche Theoriebildung grundlegende Gesetze erkennbar zu machen und damit hochkomplexe Systeme zu reduzieren. Wissenschaftliches Wissen ist strengen methodischen Überprüfungsvorschriften unterworfen, die durch das institutionelle System „Wissenschaft“ gesichert werden sollen. Der Anspruch ist, menschliche Erkenntnisse zu systematisieren und zu institutionalisieren;

- aus dem politischen System mit seinen Akteuren, die Beratung der Wissenschaft suchen. Deren Erwartungen sind eingangs bereits skizziert worden;
- aus dem System der Leibniz-Gemeinschaft, dessen Mitglied das IRS ist. Als eines von drei Elementen, die das Fundament der Leibniz-Gemeinschaft bilden, gilt die Leibniz-typische Themenfokussierung der Einrichtungen mit dem Anspruch auf wissenschaftliche Exzellenz sowie gesellschaftliche Relevanz. Im Motto „*theoria cum praxi*“ des Namensgebers Gottfried Wilhelm Leibniz wird dies prägnant auf den Punkt gebracht. Forschungspolitisch findet dies seinen Ausdruck in der Kategorie der „anwendungsorientierten Grundlagenforschung“.

Im Strategiepapier „Wissenschaft zum Nutzen und Wohl der Menschen“, das die Leibniz-Gemeinschaft für die Jahre 2008-2012 erarbeitet hat, heißt es: „Jede Leibniz-Einrichtung arbeitet im Sinne eines gesellschaftlichen Auftrags in Forschung und wissenschaftlicher Dienstleistung an einer gesellschaftsrelevanten Thematik von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse.“ Aus dem Anspruch, gesellschaftsrelevante Themen zu bearbeiten, wird die Möglichkeit einer sinnvollen Hinwendung zur praktischen Politik und damit zur Politikberatung abgeleitet. Hervorgehoben wird, dass exzellentes wissenschaftliches Arbeiten und herausragende Forschung die Grundlage einer Leibniz-Einrichtung ist – sowohl für das notwendige Ansehen in der Fachwelt als auch für eine qualitativ hochwertige Politikberatung. Das Strategiepapier der Leibniz-Gemeinschaft nennt dafür drei Bedingungen: Unabhängigkeit und Klarheit in der eigenen

Positionierung; freier Zugang zu verlässlichen Informationen und anderen wichtigen Quellen; Veröffentlichungsrecht für Ergebnisse, die im Rahmen von Beratungsleistungen erarbeitet worden sind.

Die vorhergehenden Beiträge dieser Ausgabe von „IRS aktuell“ geben einen Einblick in die thematische Bandbreite wie auch in die unterschiedlichen Spielarten von forschungsbasierter Politikberatung, wissenschaftlicher Dienstleistung und Wissenstransfer, wie sie im Institut praktiziert werden. Alle drei Spielarten sind von unserem Selbstverständnis getragen, dass wir Akteure eines dialogischen Prozesses sind, in dem es um die „Übersetzung“ zwischen wissenschaftlichem Wissen und dem für politische Entscheidungen erforderlichen Wissen geht, um auf diese Weise einen gemeinsamen Beitrag für gesellschaftliche Problemlösungen zu erarbeiten. Deshalb formulieren wir für uns selbst den Anspruch, neben unserem fachwissenschaftlichen Wissen auch über kommunikative und moderierende Kompetenzen zu verfügen.

Wir sind uns bewusst, dass in der Politikberatung jeder Prozess der „Übersetzung“ stets durchsetzt und geprägt wird von Machtkalkülen der Politiker und Verwaltungsbeamten, die mit uns in den Dialog eintreten. Auch in diesem Zusammenhang entfaltet das Goethe-Zitat seinen intellektuellen Charme, verstehen wir diesen dialogischen Prozess doch auch als den Ort, wo „die Zweifel“ thematisiert werden und wo sie auch von allen Beteiligten ausgehalten werden müssen.



Prof. Dr. Heiderose Kilper ist Direktorin des IRS. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Planungs- und Steuerungstheorien, governance, Infrastrukturpolitik, regionale Struktur- und Förderpolitik, Regieren im Föderalismus, europäisches Mehrebenensystem

Kongresse und Workshops

Internationale Konferenz „The place of the city in environmental history“

In den Räumen der Technischen Universität Berlin fand vom 3. bis 7. Juli 2008 eine internationale Konferenz zur städtischen Umweltgeschichte statt, die von PD Dr. Christoph Bernhardt (IRS) und Prof. Dr. Dorothee Brantz (Center for Metropolitan Studies der TU Berlin) organisiert und vorbereitet wurde. Gut vierzig Teilnehmer aus fünf europäischen Ländern, den USA und Brasilien diskutierten drei Tage lang neuere Ansätze und Themen in diesem Forschungsfeld. Das Spektrum reichte von Erfolgen und Misserfolgen städtischer Umweltpolitiken in Bilbao und Helsinki über Entwicklungslinien im stadtbezogenen Umweltrecht der USA im 19. Jahrhundert und der Entstehung neuen „Umweltwissens“ im Berlin des späten 19. und späten 20. Jahrhunderts bis hin zu Reformen im italienischen Städtebau nach 1960.

Für das IRS stellten Dr. Christoph Bernhardt und Dr. Timothy Moss Forschungsergebnisse zu Pfadabhängigkeiten in der institutionellen Regelung von Wasserinfrastruktursystemen in Straßburg und Berlin vor. Elsa Vonau (IRS) präsentierte ihre Arbeiten zu den französischen Gartenstädten des frühen 20. Jahrhunderts. Die in Kooperation mit dem Centre Marc Bloch (Berlin) und der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung veranstaltete Konferenz setzte als „5th Round Table on Urban Environmental History“ die Tagungsreihe eines nunmehr seit zehn Jahren bestehenden internationalen Netzwer-

kes fort. Ein ausführlicherer Konferenzbericht ist zugänglich unter www.irs-net.de.

Kontakt: PD Dr. Christoph Bernhardt, Tel.: 03362/793-280, bernhardt@irs-net.de.

Im Interesse des Gemeinwohls

Über die Gemeinwohlpotenziale regionaler Gemeinschaftsgüter wie Infrastruktursysteme und Kulturlandschaften debattierten am 11. Juli 2008 im IRS in Erkner 85 Wissenschaftler und Praktiker aus ganz Deutschland. Die Forschungsabteilung „Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern“ lud zur Tagung „Im Interesse des Gemeinwohls – Infrastruktursysteme und Kulturlandschaften als Potenziale der Regionalentwicklung“. Zum einen sollten gedankliche Brücken zwischen den bislang weitgehend unverbundenen aktuellen Forschungen zu Gemeinschaftsgütern und Gemeinwohl sowie zu den Raumwissenschaften geschlagen werden. Zum anderen wurde die Praxisrelevanz der Forschungsergebnisse diskutiert und künftiger Forschungsbedarf ausgelotet.

Plenum Gemeinwohl und Raumentwicklungspolitik

Die Direktorin des IRS Prof. Dr. Heiderose Kilper eröffnete die Veranstaltung mit einer reflexiven Annäherung an mögliche Inhalte des Gemeinwohlbegriffs. Im ersten Tagungsblock zum Thema „Gemeinwohlbelange als Maßstab der Raumentwicklungspolitik“ griff Prof. Dr. Uwe Altröck (Universität Kassel) die prozedurale Be-

stimmung des Gemeinwohlbegriffs auf, wies aber auch auf die ‚dunkle Seite der Planung‘ hin. Das kommunikative Paradigma, insbesondere das Konstrukt einer idealen Kommunikationssituation, entspreche nicht den realen Machtverhältnissen bei der Aushandlung des Gemeinwohls.

Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung gemeinwohlorientierter Zielsetzungen zeigte die Plenumsdebatte um die 2006 beschlossenen Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland, welche Hanno Osenberg (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) in seinem Beitrag vorstellte. So wurde vom Plenum kritisiert, dass das dritte Leitbild („Ressourcen bewahren Kulturlandschaften gestalten“) derzeit nicht gleichwertig in die planerische Praxis integriert sei. Diese werde vielmehr vom ersten Leitbild („Wachstum und Innovation“) dominiert.

Die raumwissenschaftliche Relevanz von Gemeinschaftsgütern und Gemeinwohlbelangen und die damit verbundenen Probleme demonstrierte Dr. Timothy Moss (IRS) am Beispiel der Gemeinschaftsgüter Infrastruktur und Kulturlandschaften. Die Untersuchungen haben ergeben, dass für Infrastruktursysteme ein potenzielles Spannungsverhältnis zwischen der Bereitstellung von Netzwerksgütern (z.B. Wasserinfrastrukturen) und dem Schutz von Umweltgütern (z.B. Wasserressourcen) besteht: Infrastrukturen bedürfen einer hohen Auslastung, um effizient betrieben werden zu können, während das darin transportierte Umweltgut Wasser dann effizient genutzt wird, wenn möglichst wenig transpor-

tiert und verbraucht wird. In Bezug auf die Kulturlandschaftsentwicklungen ist dieses Spannungsverhältnis in der Heterogenität der institutionellen Zugänge zu Kulturlandschaften auf der einen und der Steuerung ihrer Nutzung als ganzheitlich wirkendes regionales Entwicklungspotenzial auf der anderen Seite zu identifizieren.

Forum Kulturlandschaft

Im „Forum Kulturlandschaft“ zeigten zunächst Ludger Gailing, Andreas Röhring und Ingrid ApolinarSKI (alle IRS) am Beispiel von Berlin und Brandenburg die Probleme, die mit den unterschiedlichen sektoralen und räumlichen Herangehensweisen im Umgang mit Kulturlandschaften verbunden sind. Der Raumordnung als integrierendes Institutionensystem komme dabei eine wesentliche Vermittlungsaufgabe zu. Die vielversprechenden neuen Ansätze der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg müssten hierfür nun entwicklungsorientiert operationalisiert werden. Die Problematik von Multi-Level-Governance-Prozessen wurde von Prof. Dr. Christoph Görg (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Leipzig) vertieft und theoretisch fundiert. Als möglichen Steuerungsansatz speziell für die regionale Ebene, der zwischen sozialen und biophysischen Raumkonstruktionen vermitteln könne, schlug er das Konzept der „landscape governance“ vor.

Einen Blick in die Praxis projektorientierter Regionalentwicklung bot Dr. Reimar Molitor, der das Kulturlandschaftsnetzwerk der Regionale 2010 Köln/Bonn vorstellte. Als zentrale Faktoren für eine bewusste Gestaltung und Inwertsetzung der Kulturlandschaft bezeichnete er zum einen die Zusammenführung wesentlicher regionaler Akteure aus sämtlichen Sektoren, zum anderen die Steuerung und Koordinierung verschiedener Ansätze und Projekte.

Alle Beiträge des Forums betonen das große Integrationspotenzial des Kulturlandschaftsbegriffs. Jedoch wurde auch deutlich, dass angesichts seiner



„Kulturlandschaften als regionale Entwicklungspotenziale“ und ...



... die „Herausforderungen und Potenziale von Wasserinfrastrukturen“ wurden in zwei parallelen Foren diskutiert.

hohen Komplexität ohne entsprechende institutionelle Unterstützung durch staatliche Einrichtungen eine latente Überforderung dezentraler Akteure droht.

Forum Wasserinfrastrukturen

Im „Forum Wasserinfrastrukturen“ präsentierten PD Dr. Christoph Bernhardt und Dr. Markus Wissen (beide IRS) ihre Forschungsergebnisse zu historischen und gegenwärtigen Gemeinschaftsgutproblemen im Wassersektor in Berlin und Brandenburg. Im Mittelpunkt der Betrachtung standen dabei Herausforderung und Potenziale für eine gemeinwohlorientierte Politik. Auch Dr. Engelbert Schramm vom Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt bettete aktuelle Transformationsprozesse im Infrastruktursystem Wasser in den Kontext von Gemeinwohldebatten ein. Dr. Iris Homuth berichtete als Präsidentin des Brandenburger Wasserverbandstages über praktische Probleme im Umgang mit Wasserressourcen angesichts realer und drohender Wasserknappheiten.

In der anschließenden Debatte wurden im Forum praktische Möglichkeiten

erörtert, angesichts von Bevölkerungsrückgängen und Wasserknappheiten mit überdimensionierten Wasserinfrastrukturen umzugehen. Dr. Timothy Moss bezeichnete Wasserinfrastrukturen als Schaltstellen zwischen der räumlichen Umwelt und ihren Bewohnern, die nun, nach Jahrzehnten der Unsichtbarkeit, wieder im Fokus der Raumplanung stünden. Die Parallelität von Infrastruktur- und Wasserhaushaltsproblemen sei erkannt; nun müssten der sektorale Blick überwunden und Möglichkeiten zur Verbindung zentraler und dezentraler Systeme – vor allem in institutioneller Hinsicht – erforscht werden.

Schlussdiskussion

Die Diskussionsstränge der Foren führte abschließend Dr. Evelyn Gustedt (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover) zusammen. Als wesentlicher Ansatzpunkt für künftige raumwissenschaftliche Forschungen kristallisierte sich die Bedeutung der Faktoren Macht und Legitimation im Umgang mit regionalen Gemeinschaftsgütern heraus. Es müsse deshalb jetzt um die Qualifizierung der prozeduralen Bestimmung des Gemeinwohlbegriffs gehen, so abschließend PD Dr. Christoph Bernhardt. Die Präsentationen der Tagung sind über die Homepage des IRS abrufbar (■ www.irs-net.de).

Kontakt: Dr. Christoph Bernhardt, Tel.: 03362/793-280, Bernhardt@irs-net.de; Andreas Röhring, Tel.: 03362/793-170, RoehringA@irs-net.de

Neues Projekt

Flüsse als Kulturlandschaften – Herausforderungen des Klimawandels

Flüsse sind nicht nur Lebensadern für Mensch und Natur, Verkehrswege für Binnenschifffahrt und Wassertourismus oder eine Gefahrenquelle durch Hochwasserereignisse, sondern sie wirken zugleich als Identitätsträger. Viele Kulturlandschaften werden von Flüssen geprägt, was sich in der Benennung von Städten und Regionen ausdrückt und durch die Schaffung

kulturlandschaftlicher Handlungsräume in Flusslandschaften (z.B. Biosphärenreservate, Gartenschauen oder Regionalparks) gewürdigt wird. Auf der regionalen Handlungsebene ist der „kulturlandschaftliche“ Blick auf Flussgebiete also teilweise gängige Praxis. In der Arbeit von Behörden auf Bundes- oder Länderebene sowie in landschafts- bzw. flussbezogenen Forschungsfeldern werden aber die beiden Themen „Kulturlandschaft“ und „Fluss“ noch zu selten aufeinander bezogen.

Der Bedarf nach räumlich angepassten und integrierten Lösungen – und damit nach Ansätzen einer regionalen Kulturlandschaftsgestaltung in Flusslandschaften – erhöht sich derzeit angesichts des anthropogen bedingten Klimawandels. In Zukunft sind nicht nur heftige Regenperioden und Starkniederschlagsereignisse, sondern auch wärmere Sommer mit Trockenperioden zu erwarten. Die Folgen sind einerseits Überflutungen der Siedlungsbereiche, der Industrie- und Gewerbeanlagen sowie der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen in Fluss-



Flüsse als Identitätsträger kulturlandschaftlicher Handlungsräume – z.B. die Mittlere Havel

landschaften, die von zunehmender Häufigkeit und Dauer sein werden. Andererseits wird erwartet, dass lange Wärmeperioden mit geringen Niederschlagswerten zu Extremniedrigwassersituationen an Flussläufen mit Auswirkungen auf deren ökologische, soziale und ökonomische Funktion führen. Instrumente zur Sicherstellung der Mindestwasserstände von Flüssen sind aber bis jetzt vergleichsweise unterentwickelt.

Im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) bearbeitet das IRS im Zeitraum von Juni 2008 bis März 2009 das Forschungsprojekt „FlussKult. Wechselbeziehun-

gen zwischen vorbeugendem Hochwasserschutz und regionaler Kulturlandschaftsgestaltung in Flusslandschaften – Analyse unter Einbeziehung der Auswirkungen von Extremniedrigwasser durch den Klimawandel“. Dieses Projekt widmet sich systematisch der Untersuchung der institutionellen Verzahnung von Zielvorstellungen der regionalen Kulturlandschaftsgestaltung und des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Dabei bezieht es die Auswirkungen des Klimawandels in Form von Hoch- und Niedrigwasserereignissen ein. Insbesondere sollen Empfehlungen an die Raumordnung erarbeitet werden. Exemplarisch werden Projekte, die die Anpassung an Hoch- und Niedrigwasserereignisse mit Prozessen der regionalen Kulturlandschaftsgestaltung zusammenführen, empirisch analysiert.

Mehr Informationen zum Projekt finden Sie auf der Website

■ http://www.bbr.bund.de/nn_21288/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Studien/FlussKult/01_Start.html

Kontakt: Ludger Gailing, Tel.: 03362/793-252, Gailing@irs-net.de

Neues aus den Wissenschaftlichen Sammlungen

Kooperationsprojekte mit BTU Cottbus und FH Potsdam

Der Lehrstuhl für Denkmalpflege der BTU Cottbus (Dr. Anke Kuhrmann) und die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS in Erkner (Dr. Harald Engler/Alexander Obeth) bieten im Wintersemester 2008/09 die gemeinsame Lehrveranstaltung „Der Architekt Wilfried Stallknecht – Ein Ausstellungsprojekt“ an. Ziel ist es, am Beispiel des Architekten, Stadtplaners und Designers Stallknecht prototypisch Lebensweg und Werk eines Architekten im Kontext der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der DDR-Geschichte aufzuarbeiten und in einer Ausstellung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Wilfried



Die geistigen Väter des Muster- und Experimentalbaus P 2: Wilfried Stallknecht, Herbert Kuschy und Achim Felz (v.l.).

Foto: für dich – Illustrierte Zeitschrift für die Frau Nr. 1/1965

Stallknecht gehört zu den führenden Akteuren der Planungsgeschichte der DDR. Er war nicht nur wesentlich an der Entwicklung der Plattenbauserien P 2 und WBS 70 beteiligt, mit denen ein Großteil des Massenwohnungsbaus in der DDR realisiert wurde, sondern gestaltete als Architekt selbst Bauten wie den inzwischen unter Denkmalschutz stehenden Wohnkomplex am Leninplatz in Berlin (1968-70), den einmaligen Experimentalbau eines Wohnhauses im Gleitkipppverfahren oder als Stadtplaner die umstrittene Neugestaltung der historischen Innenstadt von Bernau. Die Lehrveranstaltung wird dazu dienen, in Zusammenarbeit mit den Studierenden und unter Einbeziehung von Materialien, die Herr Stallknecht den Wissenschaftlichen Sammlungen überlässt, Recherchen und konzeptionelle Vorarbeiten durchzuführen sowie die Ausstellung vorzubereiten.

Projekt: Der Architekt Wilfried Stallknecht – Ein Ausstellungsprojekt

Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus,
Lehrstuhl Denkmalpflege, Wissenschaftliche Sammlungen (IRS)
Donnerstag 16.10.08, 11.00- 13.00 Uhr Einführungsveranstaltung
Donnerstag 30.10.08, 09.00 Uhr Ganztägige Exkursion
Donnerstag 20.11.08, 11.00-17.00 Uhr Seminarsitzung im IRS (Erkner)
Donnerstag 04.12.08, 11.00-17.00 Uhr Seminarsitzung Cottbus
Donnerstag 11.12.08, 11.00-14.00 Uhr Seminarsitzung Cottbus
Mittwoch 14.01.09, 11.00 Zwischenpräsentation in Cottbus
Donnerstag 12.02.09, 11.00 Uhr Abschlusspräsentation in Cottbus
Februar-April: Vorbereitung und Aufbau der Ausstellung
Umfang: 8 SWStd.; Beginn: 16.10.2008

Neben der Kooperation mit der BTU Cottbus haben die Wissenschaftlichen Sammlungen auch die Zusammenarbeit mit der FH Potsdam wieder intensiviert. Um die Sammlungen bekannt zu machen, den Studierenden mehrerer archivnaher Studiengänge der FH Praktikumsmöglichkeiten am IRS vorzustellen und weitere Koope-

rationsprojekte der beiden Einrichtungen auszuloten, präsentierten Dr. Harald Engler, Alexander Obeth und Anja Pienkny am 19. Juni 2008 die Sammlungen in Potsdam in einer Lehrveranstaltung von Prof. Hartwig Walberg. Kontakt: Dr. Harald Engler, Engler@irs-net.de; Alexander Obeth, ObethA@irs-net.de, Tel. 03362/793-124

Raumwissenschaftliches 4R-Netzwerk

ARL

Neue Themen im ARL-Forschungsschwerpunkt „Bevölkerung, Sozialstruktur, Siedlungsstruktur“

Am 30. Juni 2008 fand in Hannover ein exploratives Fachgespräch im Forschungsschwerpunkt „Bevölkerung, Sozialstruktur, Siedlungsstruktur“ statt. Es diente der Themenfindung und Vorbereitung neuer Vorhaben. Durch das Fachgespräch soll das Präsidium der ARL bei der Identifizierung, Bewertung und Priorisierung forschungsrelevanter Fragestellungen unterstützt werden.

Nach einer intensiv geführten Diskussion schlugen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs einvernehmlich die Einrichtung eines Arbeitskreises zum Thema „Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration“ (Arbeitstitel) vor. Sie plädierten dafür, das Thema in seiner

Verzahnung mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen zu betrachten (z. B. Integrationsmechanismen, Verhältnis zwischen Zugewanderten und anderen, insbesondere benachteiligten sozialen Gruppen in der Gesellschaft, spezifische Anforderungen an Wohnstandorte und Lebensräume).

Die Integrationsfrage wurde als „soziale Frage schlechthin“ eingestuft. Wegen ihrer großen sozioökonomischen Auswirkungen und gesellschaftlichen Brisanz sei sie auf der politischen Agenda von Bund und Ländern wie auch der EU. Die Kommunen seien jedoch besonders betroffen und gefordert, da Integration zuallererst auf (sub-)lokaler Ebene stattfinde. Die Konzentration von Zuwanderern in städtischen Problemgebieten stelle eine grundlegende Herausforderung für die Stadt- und Regionalentwicklung dar. Gleichzeitig übe die internationale Migration einen erheblichen Einfluss auf die Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland und Europa aus.

Ein Problem der Bearbeitung stellt allerdings die große Komplexität des Themas dar; dies gilt gleichermaßen im Hinblick auf die im Raum ablaufenden Migrationsprozesse wie auch die politisch-administrativen Handlungsbezüge. So sind die internationalen Migrationsprozesse durch eine zunehmende Diversität der Wandernden und eine Auflösung starrer Muster der Wanderungsverflechtungen zwischen Herkunfts- und Zielländern gekennzeichnet.

Es wurde Einigung darüber erzielt, bei den weiteren Arbeiten von vier Aspekten auszugehen, die zentrale Bedeutung für den Erfolg oder das Scheitern von Integrationsprozessen besitzen:

- Bildung,
- Arbeitsmarkt,
- Wohnungsmarkt,
- öffentlicher Raum.

Diese vier Aspekte sollen in ihrem Zusammenwirken und gerade auch im Hinblick auf regionale Problemlagen

untersucht werden, denn hier bestehen hinsichtlich der Kombination der Effekte der vier Integrationsdeterminanten sehr unterschiedliche Chancen bzw. Konfliktlagen.

Kontakt bei der ARL: Dr. Gerd Tönnies, Toennies@ARL-net.de

Arbeitskreis „Standortwettbewerb von Regionen“ will regionale Fallstudien bearbeiten

Bei der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) wurde ein Arbeitskreis „Standortwettbewerb von Regionen“ neu eingerichtet; er wird von Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) geleitet. Der AK würde gern ein möglichst breites Spektrum von Regionen mit Hilfe von Fallstudien untersuchen. Hierfür werden noch interessierte Bearbeiter gesucht.

Ziel des Arbeitskreises

Vor dem Hintergrund des regionalen Standortwettbewerbs verfolgt der Arbeitskreis folgende Ziele:

- Die Veränderungen in den Rahmenbedingungen bzw. die Ausprägungen des Standortwettbewerbs, die in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren erfolgt sind (Beispiel: aggressives Abwerben von Messen oder Unternehmen) sowie ihre Folgen für die Regional- und Stadtentwicklung sind zu identifizieren.
- Eine empirische Bestandsaufnahme verschiedener Formen des Standortwettbewerbs sowie der von den Regionen und Städten jeweils gewählten Strategien zum Umgang mit dem Standortwettbewerb soll durchgeführt werden.
- Ansatzpunkte für neue Strategien der Regional- und Stadtentwicklungspolitik sollen abgeleitet sowie konkrete Handlungsempfehlungen für politische Akteure entwickelt werden. Für lokale und regionale Akteure kann es um Strategien gehen, mit denen sie auf die neuen Herausforderungen besser als bisher reagieren können. Für Bund

und EU kann es darum gehen, die Rahmenbedingungen gegebenenfalls anzupassen, sofern sich als Folge der veränderten Wettbewerbssituation besonders vorteilhafte bzw. eher nachteilige Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und räumliches Gefüge ergeben sollten.

Hintergrund für die Bearbeitung von Fallstudien

Über die allgemeine Untersuchung von veränderten Rahmenbedingungen und neuen Formen des Wettbewerbs hinaus wird im Rahmen des Arbeitskreises angestrebt, mit Hilfe von Fallstudien oder auch quantitativen empirischen Primärerhebungen neue Formen des Wettbewerbs zu identifizieren und in der Praxis Details zu den Veränderungen des Standortwettbewerbs zu ermitteln.

Da zur Einschätzung der regionalen Erfahrungen mit dem Standortwettbewerb Vorkenntnisse auf der Basis bereits durchgeführter empirischer Studien von Vorteil sind, will der Arbeitskreis weitere geeignete und regional kundige Experten einbeziehen. Dabei ist es erwünscht, dass die Analysen von Personen durchgeführt werden, die

- über ausreichende empirische Erfahrungen mit der Analyse des Standortwettbewerbs verfügen,
- bereits Forschungsergebnisse relevanter Themenfelder in der zu bearbeitenden Region vorweisen können bzw. aktuell mit derartigen Vorhaben befasst sind und
- ein gemeinsames und aus obigen Überlegungen abgeleitetes Forschungskonzept akzeptieren.

Bei der Auswahl der Untersuchungsräume wird ein geeigneter Querschnitt deutscher Städte und Regionen angestrebt, an denen sich besonders gut die neuen Rahmenbedingungen bzw. die neuen Formen des Standortwettbewerbs mit ihren politisch-strategischen Reaktionen darstellen lassen. Im Rahmen des ersten Treffens der Kerngruppe wurden bereits vier Städte und Regionen und ihre jeweiligen Bearbeiter (aus den bisherigen Mitgliedern des

Arbeitskreises) ausgewählt. Diese vier Regionen verfügen in ihrem Kern alle über 500.000 Einwohner.

Der Arbeitskreis ist sehr daran interessiert, weitere Bearbeiter für die Durchführung von Fallstudien für drei bis vier Regionen zu gewinnen, die

- in Bezug auf die Einwohnerzahlen deutlich kleiner als 500.000 Einwohner sind,
- nicht zum Kern einer Metropolregion gehören und
- eher mittelstädtisch/ländlich oder polyzentrisch geprägt sein sollten (ländlich-periphere Problemregionen mit ausgeprägten Agrarstrukturen werden ausgeschlossen).

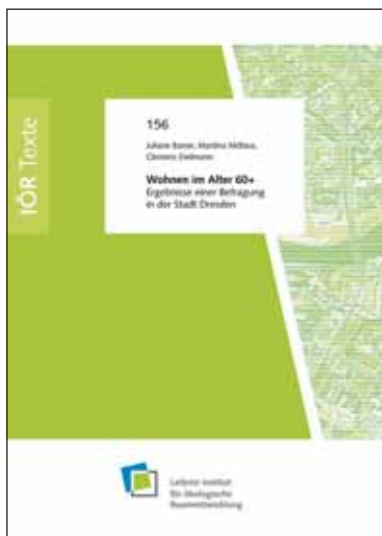
Wenn Sie sich angesprochen fühlen und Interesse an einer Mitarbeit im Arbeitskreis haben, würden wir uns sehr freuen, wenn Sie bis zum 31. Oktober 2008 eine kurze Skizze (maximal 3 Seiten) mit Inhalten zu der jeweiligen Region, zu Ihrer Person und Ihren inhaltlichen Bearbeitungsvorstellungen, die den Zusammenhang zum Arbeitskreisthema „Standortwettbewerb von Regionen“ aufzeigen, an die unten angegeben Adresse senden. Kontakt bei der ARL: Dr. Matthias Schönert, Schoenert@ARL-net.de

IÖR

Studie des IÖR zu Wohnansprüchen Älterer erschienen

Im Jahr 2007 nahmen rund 2400 Senioren zwischen 60 und 95 Jahren aus Dresden an einer Befragung zu Wohnansprüchen älterer Bürger teil. Sie äußerten sich u. a. zu ihrer gegenwärtigen Wohnsituation, zu Umzugswünschen und zu bevorzugten Wohnformen für das Alter.

Die Ergebnisse der Befragung, die von Wissenschaftlern des IÖR mit Unterstützung des Dresdner Stadtplanungsamtes durchgeführt wurde, sind jetzt in der Reihe IÖR Texte erschienen. Der Blick der Studie richtet sich auf die künftige Wohnungsnachfrage und die Anforderungen an den Woh-



IÖR Texte 156 – J. Banse, M. Möbius, C. Deilmann: Wohnen im Alter 60+. Ergebnisse einer Befragung in der Stadt Dresden

nungsbestand. Betrachtet werden die Wohndauer bzw. die Umzugsmobilität der Älteren, die Eigentümerquoten sowie die Wohnungsgröße und Wohnungsausstattung. Darüber hinaus stehen die Umzugswünsche der Älteren und die Wünsche nach verschiedenen Formen altengerechten Wohnens im Mittelpunkt.

Sanierung und Umbau – versus Neubau?

Im Auftrag der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft untersuchte das IÖR Sanierung, Umnutzung und Neubau, aber auch die Nutzung und Instandhaltung von Wohn- und Gewerbebauten im ländlichen Raum hinsichtlich stofflich-energetischer und kosten-relevanter Aspekte. Die zentrale Frage war: Lohnt sich aus ökonomischer und ökologischer Perspektive der Erhalt alter Bausubstanz?

Drei synthetische Gebäuderepräsentanten wurden auf Basis konkreter Fallbeispiele definiert: „Wohnstallhaus“, „Neubauernhaus“ und „Scheune“. Daran wurden Ressourcen- und Kostenaufwendungen berechnet und analysiert. Das synthetische Vorgehen war notwendig, um verschiedene Konstruktionen sowie deren Kombinationsmöglichkeiten zu betrachten.



Wohnstallhaus vor ... und nach der Sanierung



Zur Illustration der in der Praxis üblichen Sanierungs- und Umbaubandbreite sind ausgewählte Beispielobjekte dokumentiert.

Es war Ziel der Untersuchungen, die (stofflichen, energetischen, kostenseitigen) Wirkungen zu analysieren, die sich im Rahmen von Sanierung und Umbau durch Maßnahmen an der Gebäudehülle der Gebäuderepräsentanten ergeben. Kosten und ökologische Wirkungen verschiedener Heizsysteme und Energieträger sollten nicht untersucht werden. Dementsprechend wurden haustechnische Daten und der Energiemix der drei unterschiedlichen Gebäuderepräsentanten konstant gehalten. Die Bestimmung des Energiemixes erfolgte auf Grundlage der im ländlichen Raum am meisten genutzten Energieträger.

Im Rahmen der Kostenbetrachtungen wurden die Investitionen für Sanierung, Umbau oder Neubau sowie die Betriebskosten und Instandhaltungskosten berechnet. Grundstücks- und Objektkaufpreise blieben auf Grund ihrer hohen Marktabhängigkeit außerhalb der Betrachtungen.

IÖR Texte 155 – K. Gruhler, M. Schmuck, R. Böhm, C. Deilmann: Sanierung und Umbau – versus Neubau? Die Publikationen können zu einem Preis von je 6,- € zuzüglich Versandkosten unter nachfolgender Adresse bestellt werden:
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung
Sieglinde Sauer
Weberplatz 1, 01217 Dresden
Telefon: (0351) 4679-205 / Fax: -212
S.Sauer@ioer.de

Kurz notiert

Leibniz-Gemeinschaft gründet Arbeitskreis zur Politikberatung

Am 26. Juni 2008 konstituierte sich in Berlin ein Arbeitskreis Politikberatung der Leibniz-Gemeinschaft (WGL), an dem Vertreter aus allen fünf Sektionen und aus dem Interdisziplinären Verbund Serviceeinrichtungen (IVS) beteiligt sind. In der Beratung, an der für die Sektion B „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften“ unter anderem auch die Direktorin des IRS Prof. Dr. Heiderose Kilper teilnahm, wurden Leitsätze einer forschungsbasierten Politikberatung durch die Leibniz-Gemeinschaft sowie die Rolle des Präsidiums und die Arbeitsteilung mit den Mitgliedseinrichtungen der WGL diskutiert.

In den kommenden Jahren soll interdisziplinäre forschungsbasierte Politikberatung zu einem einrichtungsübergreifenden Markenzeichen der WGL weiter entwickelt werden; die Leibniz-Gemeinschaft will sich damit als ein Kompetenzzentrum für Politikberatung in Deutschland etablieren. Sie bringt dafür gute Voraussetzungen mit, denn viele ihrer Mitglieder (z.B. die wirtschafts-, sozial- und raumwissenschaftlichen Einrichtungen), die sich mit gesellschaftsrelevanten Themen wie dem demographischen Wandel oder der Raum- und Umweltentwicklung beschäftigen, sind bereits seit Jahren für ihre Politik beratende Kompetenz bekannt.

Gegenüber anderen Formen von Politikberatung (z.B. durch Akademien oder Einrichtungen der Ressortforschung) besteht der Gewinn der anvisierten Politikberatung darin, dass ein politikrelevantes Thema aus unter-

schiedlichen Perspektiven bearbeitet wird. So kann ein weites Spektrum an komplexen Fragestellungen erfasst werden. Durch die Qualitätssicherung der Einrichtungen kann zugleich auch sichergestellt werden, dass die Beratung auf umfassender Forschung beruht und auf höchstem wissenschaftlichem Niveau erfolgt.

Kontakt: Gregor Prinzensing, Tel. 03362/793-274, Prinzensing@irs-net.de

Hauptstadtregion für Deutschland

Der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg hatte am 22. Mai 2008 zum „Tag der Bauindustrie“ in die Vertretung des Landes Brandenburg in Berlin eingeladen. Prof. Dr. Heiderose Kilper war aus diesem Anlass gebeten worden, den Hauptvortrag zum Thema „Hauptstadtregion für Deutschland“ zu übernehmen. Im Beisein von Berlins Bausenatorin Ingeborg Junge-Reyer sowie Brandenburgs Infrastruk-

tur-Staatssekretär Rainer Bretschneider und Hausherr Staatssekretär Dr. Gerd Harms verfolgten rund 300 Zuhörer aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung beider Bundesländer aufmerksam die Ausführungen der Direktorin des IRS zur strukturellen Entwicklung der Hauptstadtregion. Vier Perspektiven wurden von ihr dargestellt: die ökonomische Entwicklung der Hauptstadtregion, Berlin-Brandenburg als Region der Gegensätze, das Image von Berlin-Brandenburg und die in den nächsten Jahren bevorstehenden Bau- und Entwicklungsaufgaben.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Die Hauptstadtregion ist eine komplexe „Region der Gegensätze“. International hat Berlin ein ausgesprochen positives Image; auch im Talente- und Toleranz-Index ist die Bundeshauptstadt führend. Das Entwicklungspotenzial von Berlin-Brandenburg liegt in der Wissensökonomie und in kreativen Wirtschaftsbereichen; dazu muss vor allem die Rolle Berlins in der Wis-



Prof. Dr. Heiderose Kilper während ihres Vortrags auf dem Tag der Bauindustrie in Berlin.

sensökonomie ausgebaut werden. Berlin ist als die *Hauptstadtregion in Deutschland* anzusehen; sie kann aber im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland nicht eine Lokomotiv-Funktion für ganz Deutschland übernehmen.

Kontakt: Gregor Prinzensing, Prinzensing@irs-net.de

Dissertation erfolgreich verteidigt



Dipl.-Ing. Thilo Lang wurde am 3. Juli 2008 von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam der Titel eines „Dr. rer. nat.“ verliehen. Thilo Lang war von 2002 bis 2006 Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Regenerierung schrumpfender Städte“. Seine Dissertation in der Fachdisziplin Humangeographie wurde von Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner (IRS und Universität Potsdam) zusammen mit Prof. Ray Hudson (Durham University) im Rahmen eines binationalen Promotionsverfahrens betreut. Die Disputation sowie die Dissertation zum Thema „Institutional perspectives of local development in Germany and England – a comparative study about regeneration in old industrial towns experiencing decline“ wurden mit dem Prädikat „magna cum laude“ beurteilt.

Mentoring hoch 3 im Ruhrgebiet

Im Rahmen eines langjährigen Kooperationsprojekts führen die Ruhr-Universität Bochum, die Technische Universität Dortmund und die Universität Duisburg-Essen ein gemeinsames Förderprogramm für den weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs durch.

Der Name des Förderprogramms „mentoring³“ (mentoring hoch 3) steht für die Zusammenarbeit von drei Universitäten und zugleich auch für die Ausrichtung des Programms auf Doktorandinnen aus den Ingenieurwissenschaften, den Naturwissenschaften wie auch den Geistes-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften. Auf Wunsch einer Dortmunder Kandidatin aus dem Bereich der Ingenieurwissenschaften hat sich die Direktorin des IRS Prof. Dr. Heiderose Kilper nun zur Mitwirkung als Mentorin bereit erklärt.

Grundlage des Mentoring ist der Aufbau einer zeitlich begrenzten Prozessbegleitung von ca. 18 Monaten Dauer, in der sowohl Fachqualifikationen als auch disziplinübergreifendes Wissen (Schlüsselqualifikationen) vermittelt und erzeugt werden. Im Zentrum dieser Verbindung steht der Aufbau einer vertrauensvollen Gesprächsbeziehung. In persönlichen Gesprächen mit einer erfahrenen Wissenschaftlerin wird die so genannte „Mentee“ bei der Karriereplanung beraten und Wissen über Strukturen und Spielregeln im Wissenschaftsbetrieb vermittelt. Das Mentoring wird eingerahmt von Veranstaltungen, einem professionellen Workshop- und Trainingsprogramm zu zentralen Karrierethemen sowie durch

Netzwerkveranstaltungen, die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Intensivierung der neuen Kontakte geben.

Weitere Informationen: <http://www.mentoring-hoch3.de/>

Kontakt: Gregor Prinzensing, Prinzensing@irs-net.de

Deutschland in Europa

Gemeinsam mit dem BBR (als ESPON-Contact Point in Deutschland) führte das IRS am 19. August 2008 in Bonn ein Informationsseminar durch. Gegenstand des Seminars war zunächst die Präsentation von Ergebnissen des Projekts „Deutschland in Europa“, welches die im ESPON-Programm 2006 ermittelten Ergebnisse aus deutscher Perspektive aufbereitet hat. Prof. Dr. Hans Joachim Kujath, Kai Pflanz und Dr. Sabine Zillmer stellten gemeinsam mit ihren Projektpartnern die Situation Deutschlands und seiner Regionen im europäischen Raum vor. Zum anderen führte das BBR in das neu gestartete ESPON-Programm 2013 ein. Damit richtete sich das Seminar sowohl an Wissenschaftler als auch an Akteure aus Politik und Verwaltung der unterschiedlichen Ebenen der deutschen Raumordnung – von Regionalverbänden bis



ESPON-Informationsseminar: Kai Pflanz bei der Präsentation der Ergebnisse des Projekts Deutschland in Europa.

Bundesministerien. Durch diese Kombination bereits erzielter Ergebnisse des vergangenen Programms mit der Vorschau auf das gerade gestartete Programm ergab sich eine angeregte und inspirierende Diskussion unter den knapp 40 Teilnehmern. Diskutiert wurde insbesondere der Nutzen der ESPON-Ergebnisse für deutsche Regionen als auch die Beteiligung deutscher Akteure im weiteren Verlauf des aktuellen ESPON-Programms.

Kontakt: Dr. Sabine Zillmer, Tel. 03362/793-186; ZillmerS@irs-net.de

Konferenz des European Network for Housing Research (ENHR)

„Shrinking Cities, Sprawling Suburbs, Changing Countrysides“ war der Titel der diesjährigen Konferenz des European Network for Housing Research (ENHR) in Dublin vom 6. bis 9. Juli 2008. Mehrere hundert Stadt- und Wohnungsforscher diskutierten die Phänomene des räumlichen Nebeneinanders und der Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung sowie von Re-, Sub- und Desurbanisierung in europäischen Stadtregionen. Zwei Mitarbeiter des IRS gestalteten dabei wesentlich den Workshop zum Thema „Shrinkage and Growth: Local consequences of Global Developments“. Unter der Moderation von Thomas Knorr-Siedow (IRS) wurden Beiträge aus Deutschland, Niederlande, Spanien und der Türkei präsentiert und diskutiert. Dr. Manfred Kühn (IRS) referierte über schrumpfende Städte und Regenerierungsstrategien in Ostdeutschland und stellte Zwischenergebnisse des DFG-Projektes zur strategischen Stadtplanung vor.

Kontakt: Dr. Manfred Kühn, Tel. 03362/793-238, kuehn@irs-net.de

Gastaufenthalt in Graz

Im Rahmen des Leibniz-Vorhabens „Demographischer Wandel – Komplexität als Herausforderung für die Stadt- und Regionalentwicklung“ ab-

solvierte Matthias Naumann im August 2008 einen vierwöchigen Aufenthalt als Gastwissenschaftler am Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) in Graz (Österreich).

Das IFZ ist ein interdisziplinäres Forschungsinstitut, das sich mit Fragen der Entwicklung und Folgewirkungen von Technologien beschäftigt. Schwerpunkte des Instituts sind Bio-, Informations- und Kommunikationstechnologien, Energie und Klima, Technik und Gender sowie ökologische Produktpolitik. Das IFZ kooperiert in Lehre und Forschung eng mit der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und der Technischen Universität Graz.

Herr Naumann hat sich im Rahmen seines Aufenthaltes in Graz mit Fragen der Infrastrukturversorgung in ländlichen Regionen Österreichs beschäftigt und mögliche künftige Kooperationen zwischen dem IFZ und dem IRS diskutiert. Weitere Informationen unter: www.ifz.tugraz.at
Kontakt: Matthias Naumann; Nau- mann@irs-net.de

INURA-Workshop in Istanbul

Auf dem Istanbuler INURA-Workshop zur Sicherung von Minderheitenrechten in der Stadtentwicklung hielt Thomas Knorr-Siedow (IRS) einen Vortrag zur Übertragbarkeit von Erfahrungen in der Entwicklung sozial inklusiver Formen urbaner Governance zwischen Berlin und Istanbul. Das „International Network for Urban Research and Action“ (INURA) ist ein internationales Nicht-Regierungs-Netzwerk, das sich zum Ziel gesetzt hat, sowohl auf der Forschungs- als auch der Handlungsebene die Interaktionen sozialer und umweltbezogener städtischer Bewegungen zu analysieren und zu befördern.

Im Mittelpunkt des Vortrags standen die unterschiedlichen Planungskulturen der beiden Städte. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in Berlin eine stabile Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Akteuren in der Stadtentwicklung etabliert. Mit der Paarung von ‚Stadtforum‘ und ‚Stadtforum von unten‘ sind z.B. entsprechende gegenseitig anerkannte Institutionen der Kommunikation über die



Istanbul – Wird die letzte Chance zur behutsamen Erneuerung der Jahrzehnte vernachlässigten historischen Innenstadt genutzt?

Interessensgegensätze und Konfliktlinien der Akteure hinaus entstanden. Mit der gesetzlichen Bürgerbeteiligung gibt es eine Beteiligungsmöglichkeit ‚vorab‘, während durch Bürgerentscheide nachträgliche Möglichkeiten bestehen, durch die Veröffentlichung von Dissens Korrekturen für kommunales Handeln einzufordern. So ist eine auf vielen Ebenen durch Reflexivität geprägte Planungskultur entstanden. In Istanbul dagegen überwiegt eine Stadtentwicklungsmentalität des rigiden Managements von Wachstumsdruck. Insbesondere in der lange vernachlässigten historischen Innenstadt sollen neue *gated communities* in historisierender Bauweise eine mittelschichtorientierte Re-Islamisierung des Stadtbezirks befördern, der die arme Migrantenbevölkerung aus der Osttürkei und anderen innerasiatischen Ländern weichen soll. Planungsgesetze überdecken die Ansätze eines zivilgesellschaftlichen Diskurses über die Stadtentwicklung.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Istanbul und Berlin und des Europäischen Kulturjahres 2010 soll der begonnene Diskurs im Frühjahr 2009 in Istanbul und dann im Herbst in Berlin im Zusammenhang mit dem Kongress Berlin Istanbul Civil '09 fortgeführt werden (■ <http://www.berlinistanbul.eu>).

Kontakt: Thomas Knorr-Siedow, Tel. 03362/793-235, Knorr-ST@irs-net.de

Fachpolitischer Dialog zum Stadtumbau Ost

Nach Abschluss der Evaluierung des Programms Stadtumbau Ost fand am 17. Juni 2008 in Berlin der Fachpolitische Dialog zum Stadtumbau Ost statt, durchgeführt von der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Im Rahmen der Veranstaltung wurden die Schlussfolgerungen der Gutachter zur bisherigen Umsetzung des Bund-Länder-Programms sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen zur Wei-



Im Rahmen der Veranstaltung Stadtumbau Ost wurden die Schlussfolgerungen der Gutachter zur bisherigen Umsetzung des Bund-Länder-Programms sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen zur Weiterführung des Stadtumbaus nach 2009 vorgestellt.

terführung des Stadtumbaus nach 2009 vorgestellt. Im Anschluss wurden die Empfehlungen der zur Begleitung der Evaluierung berufenen Lenkungsgruppe zur zukünftigen Ausgestaltung des Programms Stadtumbau Ost präsentiert.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Empfehlungen zur Zukunft des Stadtumbaus und mögliche Perspektiven zur Weiterentwicklung des Programms in zwei Podiumsrunden zur Diskussion gestellt, an denen Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie Akteure des Stadtumbaus aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft, der kommunalen Verwaltung sowie von Bund und Ländern beteiligt waren.

Insgesamt nahmen am Fachpolitischen Dialog mehr als 400 Stadtumbauexperten teil, unter anderem Vertreter aus Bund, Ländern, Kommunen und Forschungseinrichtungen sowie aus Wohnungsunternehmen, Verbänden der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, aus dem Bankensektor und vom Verband Haus & Grund. Die

„Fachpolitischen Dialoge zum Stadtumbau Ost“ sollen in erster Linie einen transparenten Ergebnistransfer gegenüber Politik, Verbänden und Fachöffentlichkeit gewährleisten und sind als Diskussionsplattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch angelegt. Damit stellen sie insbesondere für die verantwortlichen Entscheidungsträger aus Politik und Praxis eine wesentliche Informationsmöglichkeit zum Stand der Umsetzung des Programms Stadtumbau Ost dar.

Eine Kurzfassung des Gutachtens, die Empfehlungen der Lenkungsgruppe sowie weitere Informationen zu der Veranstaltung sind auf der Internetseite der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost (■ www.stadtumbau-ost.info) veröffentlicht.

Kontakt: Dr. Heike Liebmann, Tel. 03362/793-232, liebmann@irs-net.de

Veranstaltungshinweis

Vortragsreihe *urbi et orbi* Baukultur – Umgang mit dem städtebaulichen Erbe 18. November 2008

Im Umgang mit dem baulichen Bestand unserer Städte ist das Spektrum derzeit extrem heterogen. Der Bogen reicht von Reparatur und denkmalpflegerischer Konservierung über die Modernisierung und den Umbau bis hin zum Abriss, dem so genannten Rückbau. Zeitgleich gewinnt die aufwändige Wiederherstellung historischer Gebäude an Bedeutung. Hier reicht die Bandbreite von der fragmentarischen Einfügung historischer Elemente bis hin zur vollständigen Neuerrichtung von Bauwerken als Kopie des Originals. Damit stellen sich vielfältige Fragen nach dem Spannungsverhältnis von Rückbau und Rekonstruktion im Umgang mit dem baulichen Bestand.

Unter welchen Bedingungen wird die Geschichte der Stadt zu einer die Praxis bestimmenden Dimension gegenwärtiger und künftiger Entwicklungen? Wie ist zu erklären, dass zum Teil hochkarätige, historisch einmalige Gebäude zu Disposition gestellt werden, sie aber dort, wo sie schon lange zerstört sind, wieder aufgebaut werden sollen? Welche Bedeutung hat das städtebauliche Erbe heute tatsächlich?

Mit diesen und weiteren Fragen des Umgangs mit dem städtebaulichen Erbe beschäftigt sich die nunmehr fünfte Veranstaltung der Reihe ‚urbi et orbi‘ des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner. Als Referenten konnten Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup (BMVBS) und Prof. em. Peter Zlonicky (München) gewonnen werden.

Ort: Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund in Berlin, In den Ministergärten 3, 10117 Berlin

Veranstalter: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Zeit: 18.00-20.00 Uhr

Anmeldung: Petra Koch, Tel. 03362/793-118, Koch@irs-net.de

Lehrveranstaltungen von IRS-Wissenschaftlern im Wintersemester 2008/09

PD Dr. Christoph Bernhardt

Seminar: Governance und Daseinsvorsorge in der Wohnungs- und Infrastrukturpolitik in Berlin und Paris 1900-1945

Ort/Zeit: Center for Metropolitan Studies der TU Berlin; mittwochs 10.00-12.00 Uhr (2 SWStd.);
Beginn: 22.10.2008

Thomas Bürk

Seminar: Einführung in die Kultur- und Sozialgeographie
Ort/Zeit: Institut für Geographie der Humboldt Universität zu Berlin; donnerstags 11.00-13.00 Uhr (2 SWStd.);
Beginn: 23.10.2008

Thomas Bürk

Lektüreseminar: Kultur und Raum: Internationale Perspektiven auf Ver-

räumlichkeiten des Kulturellen in den Kultur- und Sozialwissenschaften
Ort/Zeit: Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt Universität zu Berlin; donnerstags 18.00-20.00 Uhr (1 SWStd.); Beginn: 23.10.2008

Anne Bantelmann (M.A.)

Dr. Anke Kuhrmann

Dr. Harald Engler, IRS

Alexander Obeth, IRS

Projekt: Der Architekt Wilfried Stallknecht – Ein Ausstellungsprojekt
Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Lehrstuhl Denkmalpflege, Wissenschaftliche Sammlungen (IRS, Erkner) Umfang: (8 SWStd.); Beginn: 16.10.2008

Prof. Dr. Heiderose Kilper

Torsten Thurmann

Vorlesung: Regionalentwicklung und -politik. Grundlagen, Rahmenbedingungen und Konzepte
Ort/Zeit: Brandenburgische Techni-

sche Universität Cottbus, Lehrstuhl Stadt- und Regionalentwicklung; montags 13.45-15.15 Uhr (2 SWStd.);
Beginn: 13.10.2008

Thomas Knorr-Siedow

Seminar: Wohnsoziologie

Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Lehrstuhl Stadt- und Regionalentwicklung; donnerstags 11.30-13.00 Uhr (2 SWStd.);
Beginn: 16.10.2008

Thomas Knorr-Siedow

Seminar: Sozialer Raum und Quartiersentwicklung in Istanbul
Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Lehrstuhl Stadt- und Regionalentwicklung; donnerstags 15.30-17.00 Uhr (2 SWStd.);
Beginn: 16.10.2008

Dr. Manfred Kühn

Projektseminar: Metropolenregionen – Konstrukte und Konzepte; Studien-

projekt im Masterstudiengang Regionalwissenschaften
Ort/Zeit: Universität Potsdam, Institut für Geographie; donnerstags 15.00-16.30 Uhr (2 SWStd.);
Beginn: 23.10.2008

Prof. Dr. Hans Joachim Kujath

Vorlesung (Bachelor): Stadt- und Regionalökonomie
Ort/Zeit: Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung; mittwochs 16.00-18.00 Uhr (2 SWStd.); Beginn: 15.10.2008

Dr. Heike Liebmman

Projekt: Ursachen, Prozesse und Perspektiven des Stadtumbaus in Deutschland
Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Lehrstuhl Stadt- und Regionalentwicklung; donnerstags 13.45-17.00 Uhr (4 SWStd.); Beginn: 16.10.2008

Matthias Naumann

Seminar: Technische Infrastruktur und Regionalentwicklung
Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Lehrstuhl Stadt- und Regionalentwicklung; montags 11.30-13.00 Uhr (2 SWStd.); Beginn: 20.10.2008

Dr. Axel Stein

Seminar: Stadt- und Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft
Ort/Zeit: Universität Potsdam, Institut für Geographie; freitags 09.15-10.45 Uhr (2 SWStd.); Beginn: 24.10.2008

Beratungsleistungen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft

ARNDT, Michael; HÖLZL, Corinna: Nachhaltigkeitscheck für eine demographiefeste Infrastruktur – der staatliche Aufgabenbereich Straßenverkehr. Vortrag vor leitenden Akteuren des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR). 25.06.2008 Potsdam
JÄHNKE, Petra: Wechselbeziehungen zwischen Hochschule und

Kommune. Vortrag auf der Sitzung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Hochschule, Wissenschaft, Technologie“ der Bündnis 90/Die Grünen am 13.06.08 in Potsdam

JÄHNKE, Petra: Städtekrantz Berlin-Brandenburg. Teilnahme an den Steuerungsgruppensitzungen am 12.07.08 in Brandenburg a.d.H. und am 11.09.08 in Frankfurt (Oder)

KILPER, Heiderose: Stiftungsrat der Stiftung Europa-Universität Frankfurt (Oder). Teilnahme am 09.07.2008 im Rahmen der Mitgliedschaft.

KILPER, Heiderose: Beirat für Raumordnung. Teilnahme am 14.07.2008 im Rahmen der Mitgliedschaft.

KILPER, Heiderose: AK Politikberatung der Leibniz-Gemeinschaft. Teilnahme am 26.07.2008 im Rahmen der Mitgliedschaft.

KNORR-SIEDOW, Thomas: Expertengespräch zur integrierten Stadt- und Regionalentwicklung BBR/difu, Statement zu Wissensmanagement in ressortübergreifenden Netzwerken, am 11.08.2008 in Bonn.

KUJATH, Hans Joachim: Welche Rolle spielen Forschung und Entwicklung für die Wirtschaft und die Stadtentwicklung? Vortrag auf dem dem 2. Expertenworkshop „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ am DiFu Berlin, 18.09.2008 Berlin

LIEBMANN, Heike: Was tun, wenn Regionen schrumpfen – die Chance nutzen oder im Sog versinken? Vortrag auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Wo Fuchs und Hase sich gute Nacht sagen ... Entwicklungsperspektiven in den Randregionen Brandenburgs“ am 05.06.2008 in Eberswalde.

LIEBMANN, Heike; HALLER Christoph: Stadtumbau Ost. Das Förderprogramm von Bund und Ländern: Bilanz und Perspektive. Fachgespräch der Hermann-Henselmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Berliner Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin am 07.07.2008.

LIEBMANN, Heike: Evaluierung des Programms Stadtumbau Ost. Mitwirkung in der Lenkungsgruppe zur Evaluierung des Programms Stadt-

umbau Ost. Teilnahme an insgesamt acht Sitzungen der Lenkungsgruppe 2007/2008.

Vorträge

ARNDT, Michael: Nachhaltigkeitscheck Straßeninfrastruktur. Vortrag im Rahmen der Präsentation vor Experten für Landesstraßen des Landes Brandenburg. Veranstaltung in der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg. 21.08.2008 Potsdam

BERNHARDT, Christoph; MOSS, Timothy: On path dependency and critical junctures. Urban infrastructure systems and political division in Strasbourg (1871-1918) and Berlin (1948-1961). Vortrag auf dem “5th Round Table on Urban Environmental History”. 04.07.2008 Berlin

BERNHARDT, Christoph: At the limits of the sanitary city: Aspects of water-related environmental inequalities in Berlin-Brandenburg (1918-1939). Vortrag auf der IX International Conference on Urban History, 28.08.2008 Lyon (FR)

BÜRK, Thomas: Rechtsradikalismus als Indikator mangelnder zivilgesellschaftlicher Verfasstheit in ostdeutschen Städten? Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Blühende Landschaften – Braune Orte?“ an der Hochschule Neubrandenburg. 11.06.2008 Neubrandenburg

BÜRKNER, Hans-Joachim: The Demographic Fallacy – a Hypothetical or a Real Danger? Vortrag auf der Konferenz IGU Pre-conference on „Spatial Challenges of Future Demographic Re-structuring“, Universität Mannheim. 09.08.2008 Mannheim

CHRISTMANN, Gabriela B.: Über Dresdner Stadtkultur und städtische Identität. Vortrag im Rahmen der Antrittsvorlesung am IRS. 06.05.2008 Erkner

CHRISTMANN, Gabriela B.: Stadt, Region und Innovation. Vortrag im

- Institutskolloquium des Instituts für Soziologie der TU Berlin. 02.07.2008 Berlin
- ENGLER, Harald; OBETH, Alexander; PIENKNY, Anja: Die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS. Forschungsprofil, Bestände, Erschließung. Vortrag im Rahmen der Vorlesungsreihe zur Archivtypologie (FH Potsdam/Prof. Hartwig Walberg). 19.06.2008 Potsdam
- ENGLER, Harald: Sozialistische Kommunalpolitik im Spannungsfeld von staatlichen Vorgaben und Bürgerinteressen. DDR-Stadtplanung und Infrastrukturpolitik in den 1960er und 70er Jahren am Beispiel Prenzlau. Vortrag auf der Konferenz „Infrastrukturen der Stadt und Kommunalpolitik: Selbstverwaltung, Leistungsverwaltung, Governance“ des Center for Metropolitan Studies (CMS) und des IRS im Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU). 20.06.2008 Berlin
- GLÖCKNER, Beate: ESYS – Entscheidungssystem für die langfristige Infrastruktur und Flächenplanung. Konzeption der Indikatoren. Vortrag auf dem Workshop „Nachhaltigkeitscheck für eine demographiefeste Infrastruktur – Vom Indikatorenkatalog zum Computertool“ im Bundesministerium für Finanzen. 10.06.2008 Berlin
- HÖLZL, Corinna: ESYS – Entscheidungssystem für die langfristige Infrastruktur und Flächenplanung. Entwurf des Computertools ESYS. Vortrag auf dem Workshop „Nachhaltigkeitscheck für eine demographiefeste Infrastruktur – Vom Indikatorenkatalog zum Computertool“ im Bundesministerium für Finanzen. 10.06.2008 Berlin
- KUJATH, Hans Joachim: Wettbewerbsfähig? Beweglich? Vielfältig? Positionen zu zeitgemäßer Urbanität. Inputvortrag „Die Städte der Wissensökonomie“ auf der Podiumsdiskussion im Rahmen des Internationalen Kongresses „Rebuild This City!“; der Heinrich-Böll-Stiftung. 30.05.2008 Frankfurt/M.
- KUJATH, Hans Joachim: Wissensmanagement in Gesundheitsregionen. Vortrag auf der wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Produkte – Leistungen – Wissen in zukünftigen Gesundheitsregionen“; organisiert von der FH Eberswalde und dem Forschungsverbund Regionale Innovationssysteme (FVRIS). 13.06.2008 Eberswalde
- KUJATH, Hans Joachim: Deutschland im Lichte der Territorialen Agenda – Aussagen von ESPON 2006. Vortrag auf dem ESPON-Informationseminar „Eine Informationsveranstaltung zu den Ergebnissen des ESPON Programms 2006 und der Ausgestaltung des neuen ESPON Programms 2013“, organisiert vom IRS gemeinsam mit dem BBR. 19.08.2008 Bonn
- LIEBMANN, Heike: Anforderungen des demographischen Wandels in schrumpfenden Städten Ostdeutschlands. Vortrag im Forum „Kommunale Demographiekonzepte“ auf dem 3. Demographie-Kongress „Best Age“ veranstaltet vom Behörden Spiegel in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 03.09.2008 Berlin
- MOSS, Timothy: Gemeinwohl und Gemeinschaftsgüter: Relevanz für die Regionalentwicklung. Vortrag auf der IRS-Tagung „Im Interesse des Gemeinwohls – Infrastruktursysteme und Kulturlandschaften als Motoren der Regionalentwicklung“. 11.07.2008 Erkner
- NAUMANN, Matthias: Zwischen Kommerzialisierung und ungleicher Entwicklung. Der Wandel der Wasserwirtschaft in ländlich-peripheren Räumen. Vortrag auf dem Kolloquium des Interuniversitären Forschungszentrums für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ). 14.08.2008 Graz
- PFLANZ, Kai: Deutschland in Europa – Status und Perspektiven ländlicher Räume. Vortrag auf dem ESPON-Informationseminar „Eine Informationsveranstaltung zu den Ergebnissen des ESPON Programms 2006 und der Ausgestaltung des neuen ESPON Programms 2013“, organisiert vom IRS gemeinsam mit dem BBR. 19.08.2008 Bonn
- tung des neuen ESPON Programms 2013“, organisiert vom IRS gemeinsam mit dem BBR. 19.08.2008 Bonn
- PRÖMMEL, Jan: Städtebaulicher Denkmalschutz als stadtentwicklungspolitische Strategie für den Tourismus. Vortrag auf der Internationalen Städtetagung der AG „Die alte Stadt“. 31.05.2008 Klausen (IT)
- RÖHRING, Andreas: Comment on Anneke De Zwart: ‚A present without a past?‘ Archaeological heritage management and local authorities: analysis of three case studies from a policy science perspective. Vortrag auf dem Symposium „The Protection and Development of the Dutch Archaeological-Historical Landscape: The European Dimension“ der Netherlands Organisation for Scientific Research. 22.05.2008 Lunteren (NL)
- SCHMIDT, Suintje: Knowledge Economic Specialisation of Regions as development Potentials. Vortrag auf der Internationalen Konferenz der RSA zum Thema „Regions: The dilemmas of Integration and Competition“; Veranstalter: Regional Studies Association (RSA) an der University of Economics Prague. 27.05.2008 Prag (CZ)
- VETTER, Andreas; GAILING, Ludger; RÖHRING, Andreas: The Governance of Cultural Landscapes in Berlin-Brandenburg. Vortrag auf dem Second Workshop: Governing Farmland Conversion in the Quest for Sustainability – Comparing China and Germany der Humboldt-Universität zu Berlin. 23.07.2008 Berlin
- ZILLMER, Sabine: Deutschland in Europa – Eine Projekteinführung sowie Deutschland in Europa – Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Vorträge auf dem ESPON Informationsseminar „Eine Informationsveranstaltung zu den Ergebnissen des ESPON Programms 2006 und der Ausgestaltung des neuen ESPON Programms 2013“, organisiert vom IRS gemeinsam mit dem BBR. 19.08.2008 Bonn

Berufungen, Mitarbeit in Verbänden und Gremien

FICHTER-WOLF, Heidi: Berufung als wissenschaftliches Mitglied des Beirats am INTRAG – Institut für Transkulturelle Gesundheitswissenschaften, Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Veröffentlichungen

Monographien und Sammelwerke

MOSS, Timothy; NAUMANN, Matthias; WISSEN, Markus: Infrastrukturnetze und Raumentwicklung. Zwischen Universalisierung und Differenzierung. Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung 10. 2008. München: Oekom-Verlag – 339 Seiten

Darin:

- MOSS, Timothy: „Cold spots“ städtischer Infrastruktursysteme. Herausforderungen an das „modern infrastructural ideal“ in schrumpfenden ostdeutschen Regionen. S. 113-142
- MOSS, Timothy: Herausforderungen und Perspektiven raumwissenschaftlicher Infrastrukturforschung. S. 325-336
- STEIN, Axel: Räumlicher Wandel und Persistenz. Optionen für das öffentliche Verkehrssystem. S. 249-278
- WISSEN, Markus; NAUMANN, Matthias: Raumdimensionen des Wandels technischer Infrastruktursysteme. Eine Einleitung. S. 17-36



Weitere Beiträge in Sammelwerken, Aufsätze und Beiträge in Special-Interest-Medien

BERNHARDT, Christoph: Der Stadtrand in Bewegung. Raum-/Zeitstrukturen und Handlungsformen in der Groß-Berliner Stadterweiterung 1871-1933. In: Peter Johaneck (Hg.): Die Stadt und ihr Rand, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 279-293.

FICHTER-WOLF, Heidi: Hochschulkooperationen in Grenzübereichen. Lernfeld für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Wissensraums. In: disP 173, 2/2008, S. 34-46

GAILING, Ludger; KÜHN, Manfred; VETTER, Andreas: Kulturlandschaftsgestaltung und Raumordnung. In: Information zur Raumentwicklung, Heft 5/2008, S. 261-270

GAILING, Ludger; Markus Wissen, Bernd Röttger, Susanne Heeg (Hg.) – Politics of Scale (Rezension). In: RaumPlanung 138/9, Juni/August 2008, Dortmund, 2008, S. 181-182

ERMER, Klaus; GAILING, Ludger; MOHRMANN, Rita; RÖHRING, Andreas: Kulturlandschaften als Handlungsräume begreifen – Innovativer Kulturlandschaftsansatz in der neuen Landesentwicklungsplanung für Berlin und Brandenburg. In: Stadt+Grün – Das Gartenamt 8/2008, 57. Jahrgang, S. 39-45

GLÖCKNER, Beate; HALLER, Christoph: Interkommunale Kooperation als Handlungsfeld des Stadtumbaus. In: Altrock, Uwe; Kunze, Roland; Pahl-Weber, Elke; von Petz, Ursula; Schubert, Dirk (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2008 – Schwerpunkt „Aufwertung im Stadtumbau“. Schriftenreihe des Arbeitskreises Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen. 2008. Berlin, S. 219-239

KUDER, Thomas: Städtebaulicher Denkmalschutz im Wandel. In: Altrock, Uwe; Kunze, Roland; Pahl-Weber, Elke; von Petz, Ursula; Schubert, Dirk (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2008 – Schwerpunkt „Aufwertung im Stadtumbau“. Schriftenreihe des Arbeitskreises Stadterneuerung an deutsch-

sprachigen Hochschulen. 2008. Berlin, S. 195-206

KÜHN, Manfred: Strategische Stadt- und Regionalplanung. In: Raumforschung und Raumordnung, 66. Jg., 3/2008, S. 230-243

KÜHN, Manfred: Metropolregionen – Konzepte räumlicher Planung. In: Garten + Landschaft. Zeitschrift für Landschaftsarchitektur, Heft 2/2008, S. 8-11

LIEBMANN, Heike: Zeitliche Eigen-gesetzlichkeiten und Zeitfenster im Stadtbau Ost. In: Sulzer, Jürg; Pfeil, Anne (Hrsg.): Stadt Raum Zeit. Stadtentwicklung zwischen Kontinuität und Wandel. Schriftenreihe Stadtentwicklung und Denkmalpflege. 2008. Berlin, S. 88-93

LIEBMANN, Heike: Programm auf Erfolgskurs? Eine Zwischenbilanz des Bund-Länder-Förderprogramms Stadtbau Ost. In: Altrock, Uwe; Kunze, Roland; Pahl-Weber, Elke; von Petz, Ursula; Schubert, Dirk (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2008 – Schwerpunkt „Aufwertung im Stadtumbau“. Schriftenreihe des Arbeitskreises Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen. 2008. Berlin, S. 159-170

MOSS, Timothy: ‚Cold spots‘ of Urban Infrastructure: ‚Shrinking‘ Processes in Eastern Germany and the Modern Infrastructural Ideal. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 32.2, Juni 2008, S. 436-451

MOSS, Timothy; HUGHES, Francine; RICHARDS, Keith: Uncertainty in Riparian and Floodplain Restoration. In: Stephen Darby and David Sear (eds.): River Restoration: Managing the Uncertainty in Restoring Physical Habitat. 2008. Hoboken, S. 79-104

PRÖMMEL, Jan: Kommentar zu §4 des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes. In: Martin, Dieter; Mieth, Stefan; Graf, Jens u.a. (Hrsg.): Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz. Kommentar. 2. Auflage, 2008. Wiesbaden, S. 96-104

SCOTT, James W.; LANG, Peter: Cross-border Regionalization in an Enlarging EU. Hungarian-Austrian

and German-Polish Cases. In: Koff, Harlan (Hrsg.): Deceiving (dis)appearances. Analyzing Current Developments in European and North American Border Regions. 2008. Frankfurt/M., S. 37-58

WISSEN, Markus; NAUMANN, Matthias: Uneven Development. Zum Konzept ungleicher Entwicklung in der radical geography. In: Krumbein, Wolfgang; von Frieling, Hans-Dieter; Kröcher, Uwe; Sträter, Detlev (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum. 2008. Münster, S. 87-110

Working Papers/Online-Publikationen

KUDER, Thomas: Was verstehen Sie unter Planungskultur? In: PND online Ausgabe II/2008. ■ www.planung-neu-denken.de/

KUJATH, Hans Joachim: Im Gespräch: Hans Joachim Kujath (09.07.2008). Wissensökonomie und Kulturpolitik. In: Europa im Gespräch. kultur.macht.europa – Online. Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (Hrsg.) 2008. ■ <http://kultur-macht-europa.de/>

SCHMIDT, Suntje; WOLKE, Manuela: Knowledge Economic Specialisation of Regions as development Potentials. In: Regional Studies Association International Conference – Regions: The Dilemmas of Integration and Competition. Prag. ■ <http://www.regional-studies-assoc.ac.uk/events/270508papers.asp>

Neu im IRS



Seit dem 1. Juli 2008 ist Frank Hüesker in der Abteilung „Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern“ als wissen-

schaftlicher Mitarbeiter tätig. Er wird 2008 im laufenden Leitprojekt der Abteilung „Regionale Governance-Muster in der Kulturlandschafts- und Infrastrukturpolitik in Geschichte und Gegenwart“ und ab dem kommenden Jahr im neuen Leitprojekt mitarbeiten. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Wasser, Energie und Klimawandel.

Frank Hüesker studierte zwischen 1997 und 2003 an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaften. In seiner Diplomarbeit untersuchte er Modelle der internationalen Umweltpolitik am Beispiel des Johannesburg-UNO-Weltnachhaltigkeitsgipfels. 2002 arbeitete Frank Hüesker als Praktikant der Heinrich-Böll-Stiftung in den Büros Washington/DC und in Johannesburg; 2005 war er als Trainee bei der Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission in Brüssel in der Abteilung Energie und Wasser tätig. Zurzeit schreibt er am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der FU Berlin seine Dissertation über den „Wandel des Daseinsvorsorgestaates am Beispiel der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe“.



Frank Sondershaus ist seit dem 1. Juli 2008 im BBR-Forschungsprojekt „FlussKult. Wechselbeziehungen zwischen vorbeugendem Hochwasserschutz und regionaler Kulturlandschaftsgestaltung in Flusslandschaften – Analyse unter Einbeziehung der Auswirkungen von Extremniedrigwasser durch den Klimawandel“ ebenfalls in der Abteilung „Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern“ des IRS beschäftigt. Einen thematischen Schwerpunkt bilden dabei institutionelle Dimensionen der Niedrigwasserproblematik.

Frank Sondershaus hat sich nach einem Studium der Geographie, Politischen Wissenschaft und Soziologie in Erlangen im Rahmen seiner Abschlussarbeit „Nachhaltige Regionalentwicklung in administrativ geteilten Räumen“ intensiv mit den Hintergründen gescheiterter und konkurrierender Entwicklungsprojekte im Raum Fränkische Schweiz auseinander gesetzt. Anschließend arbeitete er bei einem Unternehmen für Medienanalyse in Berlin und erarbeitete die Publikation „Eigenständige Regionalentwicklung und nachhaltige Handlungsräume“ für die Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft (im Erscheinen).



Ute Hasenöhl ist seit dem 1. Juli 2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern“ beschäftigt. Im Rahmen des Leitprojekts beschäftigt sie sich aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive mit Wandlungsprozessen, Wendepunkten und Pfadabhängigkeiten im institutionellen Umgang mit dem regionalen Gemeinschaftsgut Kulturlandschaft, der sozialen Bedingtheit von Zugangs- und Nutzungsrechten sowie Veränderungen im Verständnis von Landschaft.

Nach einem Studium der Geschichte und Neueren deutschen Literatur an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, der University of Wales, Swansea, und der Freien Universität Berlin war sie 2001-2005 als Doktorandin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung tätig. 2005-2007 absolvierte sie an der Hessischen Landesbibliothek Wiesbaden ein Referendariat für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken so-

wie ein Studium der Informations- und Bibliothekswissenschaft an der HU Berlin. Ihre Dissertation im Fach Geschichte zum Thema „Zivilgesellschaft und Protest. Zur Geschichte der bayerischen Naturschutz- und Umweltbewegung 1945-1980“ ist an der FU Berlin eingereicht.



Uwe Kubsch arbeitet seit 1. September 2008 als neuer Hausmeister und Kraftfahrer in der Verwaltung des IRS. Der gelernte Gas-Wasser-Installateur war von 1984 bis 2002 Haushandwerker beim Institut für Pharmakologische Forschung Berlin, der späteren Pharmakologischen Forschungsgesellschaft Biopharm GmbH Berlin. Auch als Hausmeister in einer Kindertagesstätte hat Herr Kubsch sich den verschiedensten Anforderungen gestellt. Während seiner letzten Tätigkeit im Inneren Dienst der Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes Berlin-Lichtenberg war er als Hausarbeiter, Kraftfahrer und Bote tätig. Nun hofft das IRS, von seinen vielseitigen Fähigkeiten in den Bereichen der Gebäude- und Anlagentechnik, der Holzbearbeitung und der Pflege von Außenanlagen profitieren zu können.

Zu Gast am IRS



Dr. Ulrich Best, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Europa-Studien der Technischen Universität

Chemnitz, hielt am 19. Juni 2008 einen Vortrag am IRS zum Thema „Kontrollierter Internationalismus in den Gaspipelineprojekten des RGW“. In seinem Vortrag beschäftigte sich Dr. Best mit Bauprojekten an der „Erdgas-Trasse“ in der damaligen UdSSR, die von Arbeitsbrigaden aus verschiedenen sozialistischen Ländern realisiert wurden. Diese Projekte waren charakterisiert von einem Spannungsverhältnis zwischen der „Flucht aus dem realsozialistischen Alltag“ und verschiedenen Vergünstigungen einerseits und einer rigiden Kontrolle und Reglementierung der Arbeit sowie vor allem des Kontaktes mit der lokalen Bevölkerung andererseits. Die Auswertung verschiedener Dokumente zu den Bauprojekten an der Trasse zeigt damit eine komplexe und teilweise widersprüchliche Mikrogeographie des realsozialistischen Internationalismus.

Kontakt: Matthias Naumann, Naumann@irs-net.de



Prof. Robert Hassink, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeografie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, besuchte am 1. September 2008 das IRS. Prof. Hassink forscht über Entwicklungsdynamiken industrieller Branchen und Cluster in Europa und Ostasien und untersucht Ansätze regionaler Innovationspolitik, die zur erhöhten Wettbewerbsfähigkeit von Regionen beitragen sollen. Sein Vortrag „Relational and evolutionary economic geography. Competing or complementary paradigms?“ galt den Besonderheiten und Unterschieden zweier prominenter wirtschaftsgeographischer Ansätze. Hassink verknüpfte beide theoretische Stränge mit älteren geographischen und ökonomischen Forschungslinien und arbeitete die jeweiligen Leistungen heraus. Das Zu-

sammentreffen wurde zum Anlass genommen, um über die weitere Zusammenarbeit und mögliche gemeinsame Forschungsaktivitäten zu sprechen.

Zurück am IRS



Andreas Vetter ist seit dem 1. Juni 2008 wieder wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern“ und bearbeitet das vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Auftrag gegebene Projekt „FlussKult. Wechselbeziehungen zwischen vorbeugendem Hochwasserschutz und regionaler Kulturlandschaftsgestaltung in Flusslandschaften – Analyse unter Einbeziehung der Auswirkungen von Extremniedrigwasser durch den Klimawandel“. Er knüpft damit an die Kulturlandschaftsforschungen aus seiner Tätigkeit in Drittmittelprojekten der Abteilung von November 2006 bis November 2007 an. In diesem Zeitraum bearbeitete er das BBR-Projekt „Vorstudie für die Durchführung von Modellvorhaben zur regionalen Kulturlandschaftsgestaltung durch die Raumordnung auf Bundesebene“ sowie das wissenschaftliche Gutachten für den Förderverein Mittlere Havel zu Möglichkeiten der Institutionalisierung der Kulturlandschaftsentwicklung am Beispiel „Mittlere Havel“.

Nachlese

Raumpioniere in Brandenburg – Schrumpfung als Chance ... Die Prognosen für die Randregionen der ostdeutschen Flächenländer sind alarmierend: Sie werden in den nächsten Jahren bis zu 50 % ihrer Einwohner verlieren. Manche Existenzgründer und Kleinproduzenten ... begreifen die Schrumpfung aber auch als Chance ... „Quantitativ können Raumpioniere den Bevölkerungsverlust natürlich nicht ausgleichen“, sagt Andreas Röhring vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung: „Aber qualitativ können sie durchaus als Impulsgeber für schrumpfende Regionen wirken.“ Die Pioniere besiedeln leer stehende Gehöfte und erhalten damit Häuser, die prägend für die Kulturlandschaft sind ...

Goethe Institut – Online, 11.08.2008

Trümmer, Träume, Milchkaffee. Das Café Sibylle an der Friedrichshainer Karl-Marx-Allee ... Der Ort atmet Geschichte: Seit den 50er Jahren gibt es das Café an der ... Karl-Marx-Allee ... Heute ist es eine Mischung aus Kaffeehaus, Ver-

anstaltungsort und Museum mit einer detaillierten Ausstellung zur Geschichte Allee ... Abwechslung bieten die ausliegenden Zeitungen – oder gleich ein Wechsel ins Innere zur ständigen Ausstellung „Tränen, Trümmer, Träume – von der Stinallee zur Karl-Marx-Allee“, die einen guten Teil des Raumes belegt. Aufgebaut vom Förderverein Karl-Marx-Allee und dem Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung mit EU- und Landesmitteln ...

Neues Deutschland – Online, 14.07.2008

Zwischen Aufbruch und Abbruch ... das Stadtumbau-Programm Ost, in dem schon immer neben dem Rückbau auch der Anspruch „Aufwertung“ der Städte ... erhoben wurde, nahmen insbesondere die Ostdeutschen angesichts der Geschehnisse vor ihren Haustüren mehr als Abrissprogramm wahr. Der vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner kürzlich vorgelegte 3. Statusbericht konstatiert, dass erst in den vergangenen zwei bis drei Jahren zunehmend auch die Strategie der

Aufwertung der Innenstädte stärker in den Mittelpunkt der Wahrnehmung gerückt sei. Und Liebmann nennt noch zwei neu hinzugekommene Aufgaben: Die Sicherung wertvoller Bausubstanz und die Anpassung städtischer Infrastruktur ...

Neues Deutschland, 11.07.2008

Gegensätze zwischen den Regionen verschärfen sich ... Brandenburg belegt bei Wanderungsstatistik Spitzen- und Verliererplätze. Nirgendwo in Deutschland ist das Ungleichgewicht bei der Einwohnerentwicklung so groß wie in der Mark ... Die Landespolitik habe seither wenig unternommen, um dem Bevölkerungsrückgang zu begegnen. Auch Heike Liebmann, Abteilungsleiterin im Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, sieht Nachholbedarf. Zwar sei Brandenburg beim Stadtumbau in Ostdeutschland Vorreiter, „in anderen Bereichen wird nur herumexperimentiert“. Vor allem im Bildungssektor fehlten schlüssige Konzepte ...

Märkische Allgemeine, 10.07.2008

Impressum

Das IRS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IRS aktuell No. 60 Oktober 2008

ISSN 0944-7377

Herausgeber:

Leibniz-Institut für Regionalentwicklung
und Strukturplanung (IRS)

Leitung: Prof. Dr. Heiderose Kilper

Druck: Druckhaus Köthen

Redaktion: Gregor Prinzensing (v.i.S.d.P.)

und Petra Koch

DTP: Petra Geral

Fotos: IRS

Titelbild: Straßenschild in Brandenburg
(Havel)

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)

Anschrift:

Flakenstraße 28–31

15537 Erkner

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0

Fax: + 49 (0) 03362/793-111

E-Mail: Prinzensing@irs-net.de

Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen:

03362/793-118

Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.